

Chinas Studie sollen künftige Gebühren...

Anzahl Späterer Verlag AG, Prof. Dr. 10.006.44. 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Belgien 38,00 sfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 1,50 Dr, Großbritannien 2,00 £

Heute in der WELT

Ein Botschafter der Kunst



Seinen Namen verbindet man mit Stahl und Millionen. Schwerreich ist er, aber aus dem Geschäft hat er sich zurückgezogen...

Gespräch mit einem chinesischen Chirurgen

Wer von chinesischer Medizin spricht, meint damit gewöhnlich Akupunktur. Doch bereits seit mehr als zwanzig Jahren beschäftigen sich chinesische Ärzte erfolgreich mit einem wichtigen Gebiet der Chirurgie...

POLITIK

Konsultationen: Umweltminister

Wallmann beginnt heute eine Serie von Informationsbesuchen in westlichen Partnerländern. In Paris steht das umstrittene Kernkraftwerk Cattenom auf der Tagesordnung...

Flüchtlinge: Bundeskanzler Kohl

hat dem pakistanischen Regierungschef Junjeh verstärkte Hilfe für die mehr als drei Millionen afghanischen Flüchtlinge in Pakistan zugesagt...

Übersiedler: 747 Übersiedler sind

in der vergangenen Woche im Grenzübergangslager Friedland eingetroffen, 110 mehr als in der Woche zuvor...

Südafrika: Die US-Regierung

weist auf eine Meldung des Magazins "Time" im Zusammenhang mit der Überprüfung ihrer Beziehungen zu Pretoria...

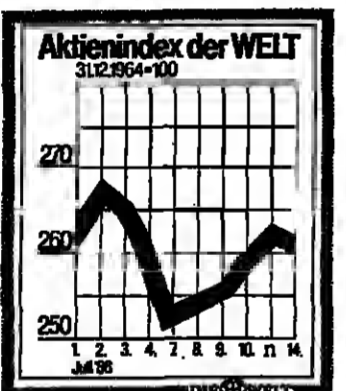
WIRTSCHAFT

Urlaubs Die Deutschen sind oft

fensichtlich zurückhaltender als in den vergangenen Jahren. Ihre während der Zurückhaltung bei Ausgaben für den Urlaub aufgewandten Mittel betragen 39,5 Milliarden Mark...

mittellkurs 2,1910 (2,1824) Mark

Goldpreis pro Feinunze 345,75 (348,10) Dollar



Börse: Bei zähem Geschäft ergab

sich an den Aktienmärkten eine widerstandsfähige Tendenz. Der Rentenmarkt war nur wenig verändert...

KULTUR

Universität: Neben dem oft

chaotischen Riesencampus gibt es in Rom fast unbeachtet ein universitäres Universum, das in der Welt seinesgleichen sucht...

Mäder: Im elften Jahr seines

Bestehens zeigt das "North Sea Jazz Festival" in Den Haag einige Ermüdungserscheinungen...

SPORT

Leichtathletik: Trotz der vielen

schwachen Leistungen bei den Meisterschaften in Berlin wird der deutsche Verband alle Disziplinen bei der Europameisterschaft...

Motorsport: Jacques Laffite wird

nie wieder Rennen fahren können. Der Franzose, mit 42 Jahren ältester Formel-1-Fahrer, erlitt bei einem schweren Unfall nach dem Start des Grand Prix in Brands Hatch mehrere Brüche beider Beine...

AUS ALLER WELT

Rheinisch: Er kennt Schuberts

"Lindenbaum", und in Düsseldorf-Oberkassel tritt er als Büttner auf. Der japanische Mathematiklehrer Fusao Nakashima (Foto) ist akklimatisiert...

Nummern: Neue Orientierungshilfen

an Autobahn-Abfahrten probt das Bundesverkehrsministerium im Raum Köln. Kreisrunden Nummerschilder weisen Fremden den Weg...

Umwelt - Forschung - Technik

Seite 6

Leserbriefe und Personalien Seite 6

Fernsehen Seite 18

Wetter: Im Süden sonnig Seite 20

Spenden an Parteien nur bis 100 000 Mark steuerfrei

Karlsruhe erklärt die Zuschüsse des Staates an Stiftungen für Rechtsens

HL Karlsruhe Das Bundesverfassungsgericht hat die vom Bundestag Ende 1983 beschlossene Neuregelung der Parteienfinanzierung im wesentlichen bestätigt...

Für Karlsruhe sind die erweiterte Abzugsfähigkeit von Parteibiträgen und Spenden und der Chancenausgleich zwei wesentliche Bestandteile einer aufeinander abgestimmten Gesamtregelung...

DER KOMMENTAR

Neue Maßstäbe

HENNING FRANK

Es ist zwar kein klassisches Gütesiegel, das Karlsruhe der Neuregelung der Parteienfinanzierung aufgedrückt hat. Aber das neue System, auf das sich die Regierungsparteien und die SPD Ende 1983 geeinigt haben...

Mit der vom Bundesverfassungsgericht festgesetzten Höchstgrenze der steuerlichen Abzugsfähigkeit von 100 000 Mark für jeden

Steuerpflichtigen können alle Parteien leben. Das umso mehr als der von Karlsruhe ausdrücklich anerkannte Chancenausgleich zwischen den Parteien dafür sorgen wird...

Ober zu hoch ist, wie nicht wenige meinen, wird sich erst in einigen Jahren erweisen. Gerade darum sollen sich die Parteien die Mahnung des Verfassungsrichters Böckenförde zu Herzen nehmen...

Mitterrand widersetzt sich Chirac

Kraftprobe in der Innenpolitik: Beim Thema Privatisierung spielt der Präsident auf Zeit

PETER RUGE, Paris Präsident Mitterrand will die von der bürgerlichen Regierung vorgeschlagene Privatisierung von 85 Staatsunternehmen nur dann unterschreiben...

blockieren, nur müßte die Vorlage dem normalen Weg durch das Parlament gehen. Diesen zeitlichen Umweg wollte Chirac vermeiden...

SEITE 2: Mitterrands Kampfkampagne

aufmerksam: Erstens dürften die staatlichen Gesellschaften nicht unter Wert verkauft werden...

SEITE 2: Mitterrands Kampfkampagne

aufmerksam: Erstens dürften die staatlichen Gesellschaften nicht unter Wert verkauft werden...

Bischöfe stellen sich gegen die Militärregierung in Chile

Appell an Pinochet / Besuch bei inhaftierten Gewerkschaftern

DW, Santiago Die katholische Kirche in Chile hat der Militärregierung jetzt unmissverständlich klar gemacht, daß sie auf Seiten derjenigen steht, die das Land zur Demokratie führen wollen...

Arbeitslosigkeit, Verbrechen und Katastrophen, aber auch in der Herrschaft der Militärs. Die Bischöfe warnen die Regierung vor ungerechtfertigten Polizeimassnahmen...

SEITE 3: Mitterrands Kampfkampagne

aufmerksam: Erstens dürften die staatlichen Gesellschaften nicht unter Wert verkauft werden...

SEITE 3: Mitterrands Kampfkampagne

aufmerksam: Erstens dürften die staatlichen Gesellschaften nicht unter Wert verkauft werden...

Asylrecht: Städte rufen Bonn zu Hilfe

SPD-Politiker Schmalstieg fordert „globale finanzielle Entlastung“ der Kommunen

Der neue Präsident des Deutschen Städtetages, Herbert Schmalstieg (SPD), unterstützt Bemühungen in der Bonner Koalition, das Aufenthaltsrecht von Ausländern einzugrenzen...

geschichtlichen Erfahrungen „mit höchster Sensibilität behandelt“ werden müsse. Auf der anderen Seite müssen wir aber darauf achten, daß es nicht länger angehen kann und darf, daß jeder, der in die Bundesrepublik kommen will...

Terror in Madrid fordert acht Tote

DW, Madrid

Bei einem Bombenanschlag in Madrid sind gestern acht Angehörige der Guardia Civil getötet und rund 40 weitere Personen verletzt worden...

„Desaster“ in Nicaragua

Managua

Das Wirtschaftsprogramm der nicaraguanischen Regierung ist ein „totales Desaster“, urteilt der Chef der Oppositionspartei „Unabhängige Liberale Partei“...

Marcos stand mit den Putschisten in Kontakt

Hohe Schadensersatzforderung gegen Arturo Tolentino

Der in Honolulu im Exil lebende ehemalige philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat in telefonischem Kontakt mit den Putschisten gestanden...

Die Leitung des staatseigenen „Manila“-Hotels verlangt von Tolentino Schadensersatz in Höhe von nahezu 450 000 Dollar...

Sowjet-Presse lobt London

DW, London

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse ist gestern in London mit seinem britischen Amtskollegen Sir Geoffrey Howe zusammengetroffen...

Bülow: Schlimmer Trick um SDI

DW, Osabrück

Der wehrpolitische Sprecher der SPD, Andreas von Bülow, hat den Auftrag an den deutschen MBB-Konzern für ein Projekt des Raketenabwehrprogramms im Weltraum (SDI) als „schlimmen Rotlöscher“ bezeichnet...

Strom aus Cattenom nicht an die Saar

UR, Bonn

Im Streit um das französische Kernkraftwerk Cattenom hat die saarländische Landesregierung ihrer Kontraktionspolitik einen neuen Stützpunkt eingezogen...

Die ungebeten Gäste hatten während ihres Aufenthaltes so ziemlich alles, was Küche und Keller zu bieten hatten, gegessen und getrunken...

سكنا من لاص

Londons Nein zu Sanktionen beschwört eine Krise des Commonwealth herauf

Afrikanische Staaten boykottieren Spiele von Edinburgh / Teilnahmeverbot für Zola Budd

REINER GATERMANN, London
Die politische Auseinandersetzung innerhalb des Commonwealth über das Für und Wider wirtschaftlicher Sanktionen gegen Südafrika hat jetzt auch den Sport ergriffen. Bisher haben fünf afrikanische Staaten, Nigeria, Ghana, Uganda, Kenia und Tansania aus Verärgerung über die britische Südafrika-Politik ihre Beteiligung an den am 24. Juli in Edinburgh beginnenden Commonwealth-Spielen abgesagt, und es steht zu befürchten, daß sich weitere Staaten, und zwar nicht nur in Afrika, sondern eventuell auch in der Karibik, diesem Boykott anschließen.

Länder warteten aber das Urteil des Organisationskomitees erst gar nicht ab, um sich von den Spielen abzumelden, sie fanden nämlich einen anderen „Grund“ dafür: Frau Thatchers Südafrika-Politik. Der Appell zahlreicher Politiker, darunter Labour-Oppositionsführer Neil Kinnock, die „Spiele der Freundschaft“ nicht zu boykottieren, stieß auf taube Ohren. Nun hofft Ken Borthwick, Chef-Organisator, daß der Ausschluß der bei-

bisherigen Boykottumfang bleibt, wird es noch „Rekordspiele“ geben. Dennoch, nicht nur über Edinburgh hat sich ein tiefer Schatten gelegt, auch die Londoner Politiker zeigen sich zunehmend beunruhigt über die Tatsache, daß nun auch die Commonwealth-Spiele, eines der wenigen Bande, die die lose Völkergemeinschaft zusammenhalten, zum politischen Werkzeug geworden ist. Dabei wächst der Druck auf Margaret Thatcher, der aufgrund ihres unbegleiteten Widerstandes gegen Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika die „Hauptschuld“ an dieser Commonwealth-Krise angelastet wird. Der Führer der nigerianischen Militärregierung, Ibrahim Babangida, nannte seinen Schritt eine „wichtige außenpolitische Entscheidung“, und Ghannas Außenminister bezeichnete ihn als einen Protest gegen „die britische Unterstützung des südafrikanischen Rassenregimes“.



Der nicht startende Rekordläuferin Zola Budd. FOTO: HORSTMÜLLER

So sehr das wahrscheinliche Ausbleiben einiger afrikanischer Staaten von Aktiven, Funktionären und Politikern auch bedauert wird - einige Länder, wie Sambia, Botswana und Zimbabwe, wollen sich erst in den nächsten Tagen entscheiden -, so nachdrücklich betonen die Veranstalter, daß sie nicht daran dächten, das zweiwöchige Sportfest völlig abzuzagen. Mit gut über dreitausend Aktiven und Funktionären aus ursprünglich 58 Ländern übertrafen sie erheblich das Meldeergebnis der letzten Spiele vor vier Jahren im australischen Brisbane. Selbst wenn es beim

Neil Kinnock sieht in dem Boykott eine ernsthafte Warnung an Frau Thatcher, und auch der Chef des Commonwealth-Sekretariats, Sir Sonny Ramphal, meint, nur „schnelle Beschlüsse“ könnten noch den Druck ablassen, der sich innerhalb des Commonwealth wegen Südafrika angestaut habe. Nur ist von Frau Thatcher keine Wende zu erwarten. In bisher nicht gekannter Schärfe verteidigte sie ihren Standpunkt und bezeichnete umfassende Wirtschaftssanktionen im Hinblick auf die, die sie am härtesten treffen würden - die Schwarzen - als „unmoralisch“. Nicht zu leugnen ist allerdings auch die Besorgnis im eigenen Lager über die Gefahr, daß London angesichts der Entwicklung bei den Edinburgh-Spielen weiter isoliert werden könnte und zudem von den eigenen Bürgern als Sündenbock betrachtet werden könnte. Kritisch zur Südafrika-Politik Frau Thatchers äußerte sich auch ihr früherer Industrieminister Leon Brittan, der es nicht für richtig hielt, Sanktionen von vornherein auszuschließen.

Die Kontroverse um diese „Olympischen Spiele“ der britischen Völkergemeinschaft, die 1930 erstmals ausgetragen wurden, spitzte sich, zumindest aus englischer Sicht, am Wochenende noch weiter zu, als das Organisationskomitee entschied, daß die Weltrekordlerin über 5000 Meter, Zola Budd, und die nationale Schwimmeisterin Annette Cowley nicht in Edinburgh an den Start gehen dürfen, weil sie nicht die Wohnsitz-Voraussetzungen für eine Teilnahme erfüllten. Beide Mädchen sind in Südafrika geboren, haben jedoch britische Pässe, und Zola Budd, die für Großbritannien bei den Olympischen Spielen in Los Angeles lief und demnächst auch bei den Europameisterschaften in Stuttgart an den Start gehen wird, hat auch ein Haus in der Nähe Londons. Während der englische Verband „nach eingehenden juristischen Konsultationen“ die beiden Sportlerinnen meldete, kam das Organisationskomitee nun zu dem Schluß, daß die Commonwealth-Bedingungen nicht erfüllt seien. Nun wird beraten, ob der Entscheid beim Obersten Gericht angefochten werden soll. Die Teilnahme Zola Budds und Annette Cowleys, die in den USA studiert, war einigen afrikanischen Staaten von vornherein ein Dorn im Auge und war von Nigeria und Ghana frühzeitig angefochten worden. Beide

Israel: Syrien rüstet auf

Militärische Stärke in drei Jahren verdoppelt / Gefahrenherd

EPHRAIM LAHAV, Tel Aviv
In Israel wächst die Sorge über die syrische Rüstung. Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres ging kürzlich sogar so weit, von „Kriegsvorbereitungen“ der Regierung in Damaskus zu sprechen. Syrien hat in den vergangenen drei Jahren seine militärische Ist-Stärke verdoppelt und bildet heute nach Auffassung des Leiters des Zentrums für Strategische Studien an der Universität von Tel Aviv, General d. R. Aron Yariv, vormals Chef des Militärischen Nachrichtendienstes, den einzigen Gefahrenherd im Nahen Osten. Allein 1985, so Yariv, habe Syrien seine Mannschaftsstärke einschließlich Reservisten von 784 000 auf 840 000 Mann erhöht; davon entfallen eine halbe Million Mann auf die regulären Streitkräfte, die jetzt auf neun Divisionen angewachsen sind. Mit 400 neuen Panzern haben die Syrer jetzt 4100 Panzer. Die Kriegsmarine wurde mit zwei neuen U-Booten und Boden-See-Raketen verstärkt. Dazu kommt, daß die syrische Armee zum Großteil aus Libanon zurückgezogen wurde und jetzt auf dem verhältnismäßig kleinen Gebiet zwischen Damaskus und der Grenze zu Israel auf der Golanhöhe steht - ein ideales Aufmarschgebiet. Dennoch meinte Yariv, eine Kriegsgefahr bestehe nicht unmittelbar. Präsident Assad meine, immer noch nicht die „Waffenparität“ mit Israel erreicht zu haben. Die Erfüllung dieses Wunsches kann sich als schwierig erweisen, denn Syriens Rüstung wird von Saudi-Arabien finanziert. Zwar hat Saudi-Arabien bisher seine Subventionen nicht eingestellt, aber wenn der

Ölpreis nicht steigt, das heißt, wenn er sich weiterhin zwischen zehn und 18 Dollar pro Barrel bewegt, werden die arabischen Ölstaaten gezwungen sein, nicht nur ihre eigene Aufrüstung zu beschränken, sondern auch ihre Militärhilfe an andere Staaten erheblich einzuschränken. Aus eigenen Mitteln könnte Syrien seine Waffenkäufe nicht bezahlen. Riad selbst hat schon seinen Militäretat gekürzt, berichtete Yariv - von 21,9 Milliarden Dollar 1984 auf 18,6 Milliarden im vergangenen Jahr. Dieses Jahr wird eine weitere Kürzung erwartet, doch auch dann hat Saudi-Arabien noch das größte Militärbudget aller arabischen Staaten. Israel kann bei diesem Rüstungstempo nicht mithalten, sagte Yariv. Es war sogar gezwungen, im vergangenen Jahr wegen einer Kürzung des Verteidigungsbudgets um 300 Millionen Dollar seine Streitkräfte zu reduzieren. Das führte zu mehreren „sehr schmerzlichen Einschnitten“. Dennoch sei es Israel gelungen, mittels einer Reorganisation eine neue Division aufzustellen. Es hat jetzt zwölf Divisionen. Die stärkste Aufrüstung unter den arabischen Staaten unternahm im vergangenen Jahr Irak. Statt 20 Divisionen hat Irak heute 33 - dazu 5000 Panzer, 3500 gepanzerte Truppentransporter, 3500 Kanonen, 615 Kampfflugzeuge und 435 Hubschrauber. Irak ist jedoch vollauf mit dem Krieg gegen Iran beschäftigt und stellt derzeit keine Gefahr für Israel dar. Jordanien hat 1985 etwa 160 moderne Panzer erworben und hat jetzt ein Panzerkorps mit 1100 Fahrzeugen. (SAD)

Warum der Papst in Litauen unerwünscht ist

KNA, Wilna
Der stellvertretende Vorsitzende der Ministerrats der Litauischen Sowjetrepublik, Cesnavicius, hat den Bischöfen seines Landes in scharfer Weise klargemacht, daß er einen Besuch des Papstes in der Baltischen Republik ablehnt. Die litauische Bischofskonferenz hatte Johannes Paul II. vor zwei Jahren für 1987 zum 900. Jahrestag der Christianisierung nach Litauen eingeladen. Der Papst hatte sein Interesse an einem Besuch der zu 80 Prozent katholischen Republik unmittelbar danach bekundet. Cesnavicius erklärte, ein Papstbesuch stehe weder in der Kompetenz der Bischöfe noch der litauischen Regierung, sondern sei eine Angelegenheit zwischen Moskau und dem Vatikan. Zwischen ihnen aber gebe es keine diplomatischen Beziehungen. So gab die Untergrundzeitschrift „Chronik der katholischen Kirche in Litauen“ den Funktionär bei einem Gespräch mit den litauischen Bischöfen wieder. „Also, wie kann man denn einen Menschen in die Sowjetunion einladen, der den Kommunismus und die sozialistische Ordnung eine Schande des 20. Jahrhunderts genannt und in seiner Audienz die berühmte gewordene antikomunistische Jüdin, die Frau von Sacharow, empfangen hat“, zitiert das Blatt. Ähnlich verwarnte sich Cesnavicius gegen die „Verleumdung“, der Staat mische sich in die Ernennung von Priestern ein: „Ihr ermet, wir bestätigen nur und registrieren, und es ist klar, daß wir niemanden registrieren, der für die sozialistische Ordnung nicht brauchbar ist“.

Sorge in Malta um die Souveränität

Regierung will Neutralität in der Verfassung verankern / Opposition strikt dagegen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom
Die seit 15 Jahren auf Malta regierende Labour-Partei will den neutralen Status der strategisch wichtigen Inselrepublik im Mittelmeer in der Verfassung des Landes festschreiben. Dies geht aus einem „Paket“ von vorgeschlagenen Verfassungs- und Gesetzesänderungen hervor, das der ehemalige Ministerpräsident Dom Mintoff dem Parlament in La Valletta unterbreitete. Die christdemokratische Nationalistenpartei lehnt diese Festschreibung jedoch entschieden ab. Sie ist lediglich zu einer Verfassungsänderung bereit, die ausländische Militärstützpunkte auf Malta und den Beitritt des Landes zur irgend einer Militäralianz verbietet. Ziel des von Mintoff vorgelegten „Paket“, über das jahrelang mit der nationalistischen (christdemokratischen) Oppositionspartei verhandelt wurde, ist die Überwindung des inneren Unfriedens, der das Land seit den letzten Parlamentswahlen des Jahres 1981 immer wieder schweren Belastungsproben ausgesetzt hatte. Diese Wahlen hatten der National-

istenpartei eine knappe Stimmenmehrheit, der Labour-Partei jedoch wieder die absolute Parlamentsmehrheit gebracht. Die Nationalisten haben sich daraufhin zwei Jahre lang geweigert, ihre Sitze im Parlament einzunehmen. Erst als Labour eine Änderung des Wahlgesetzes zusagte, womit künftig Übereinstimmung von Stimmen- und Parlamentsmehrheit garantiert werden soll, erklärten sich die Nationalisten wieder zur parlamentarischen Zusammenarbeit bereit. Diese vorgesehene Wahlgesetzänderung wurde dann in die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien über das „Paket“ zur generellen Entschärfung der Lage eingebracht. Ein Resümee dieser Verhandlungen zeigen - wenige Monate vor dem Ende des Jahres fälligen Parlamentsneuwahlen - Mintoff und Oppositionsführer Fenech Adami vor dem Parlament. Dabei zeigte sich, daß sich die beide Parteien in wichtigen Punkten bereits einig geworden oder doch sehr nahe gekommen sind. Einigkeit besteht außer in der Wahlgesetzänderung in der Stärkung

der Stellung des Staatspräsidenten, hinsichtlich der Garantierung der Gleichberechtigung von Regierung und Opposition beim Zugang zu Rundfunk und Fernsehen sowie in der Bildung einer paritätischen bezetzten Kontrollkommission zur Überwachung der Wahlen. Der bedeutendste ungelöste Streitpunkt, an dem das gesamte Vorhaben noch scheitern könnte, ist die Neutralitätsfrage. Hier stehen die Nationalisten auf dem Standpunkt, daß die konstitutionelle Festlegung auf Neutralität der Souveränität des Landes Abbruch tun würde. Mintoff, der als Ministerpräsident den Abzug der NATO von der Insel erzwungen und enge Bindungen zu Libyen geknüpft hatte, argumentierte demgegenüber, allein die strikte Neutralität könne das Land, das über keinerlei Rohstoffe, nur über eine günstige strategische Lage verfüge, davor bewahren, wieder unter fremden Einfluß zu geraten. Und der Mintoff-Nachfolger als Premierminister, Mifsud Ponnici, bezeichnete die Neutralitätsentscheidung sogar als „sakrosankt“.

Wo unsere Stromeinnahmen geblieben sind.



1985 haben wir viel für die Umwelt investiert. Ein Viertel unseres Abschreibungsaufwandes von 326 Mill. DM entfiel auf den Umweltschutz. Zwar eine Belastung für unsere Unternehmenserträge, zweifellos aber ein Gewinn für unsere Umwelt, für uns alle. Dennoch haben wir unsere Strompreise 1985 stabil halten können.

In Heilbronn ist unser neuer 700-Megawatt-Steinkohleblock inzwischen in Betrieb - umweltfreundlich. Mit voller Entschwefelung und in Kürze auch mit voller Entstickung.

Erst 1986 haben wir die Strompreise erhöht. Nur um 3,4%. Dabei hätten wir spürbar mehr gebraucht. Aber das nehmen wir zugunsten der Strompreise und zu Lasten unserer Erträge in Kauf. Ein echter Interessenausgleich zwischen unseren Kunden und unserem Unternehmen.

Die Stabilisierung unserer Strompreise bleibt auch in Zukunft eines unserer vordringlichsten Ziele. Strom aus Kernenergie hilft uns dabei, da er inzwischen die Hälfte unserer Strombeschaffung ausmacht.

Wir verkauften 1985 16 Mrd. kWh Strom und 621 Mill. kWh Fernwärme.

Unsere Kunden bezahlten dafür	2.755,5 Mill. DM
Zusammen mit anderen Einnahmen	
erlösten wir im Geschäftsjahr 1985	2.815,5 Mill. DM
Davon gingen ab:	
Kosten für Kohle und Strombezug	1.801,0 Mill. DM
Personal- und Sozialkosten	356,0 Mill. DM
Abschreibungen	326,2 Mill. DM
Sonstiger Aufwand	
(saldiert mit übrigen Erträgen)	184,0 Mill. DM
Steuern	95,7 Mill. DM
Gesetzliche Rücklagen	2.762,9 Mill. DM
Dividende	2,6 Mill. DM
	50,0 Mill. DM
	2.815,5 Mill. DM

Bezogen auf unseren Umsatz oder auch auf unser etwa gleich hohes Betriebsvermögen entspricht die Dividende von 50 Mill. DM einer Rendite von knapp 1,8%.



Ihre Energie-Versorgung Schwaben

„Nur ein Wunder kann Nicaragua noch helfen“

WELT-Gespräch mit Oppositionsführer Virgilio Godoy / Klage über wachsende Repression / Bevölkerung leidet unter Hunger und Arbeitslosigkeit



Der frühere Soziologie-Professor Godoy (52) war fast fünf Jahre Arbeitsminister unter dem Sandinisten. Heute führt er die Liberale Partei. FOTO: CAMERA PRESS

WERNER THOMAS, Managua
An den Wänden seines kleinen Parteibüros im Bezirk Ciudad Jardin (Gartenstadt) hängen zwei Plakate. Das eine zeigt Augusto Cesar Sandino und trägt die Aufschrift „Freies Vaterland oder Tod“. Das andere ist ein Wahlkampfposter aus Bonn – „Deutschland braucht die FDP“ – versehen mit der Unterschrift von Hans-Dietrich Genscher.

Virgilio Godoy bekennt: „Ich habe großen Respekt vor Sandino und Genscher.“ Den nicaraguanischen Freiheitskämpfer verehrt er wegen seiner Courage und seiner Geradlinigkeit. Beim dienstältesten Außenminister der westlichen Welt schätzt er das taktische Talent.

Der 52jährige Chef der „Unabhängigen Liberalen Partei“ Nicaraguas (PLI) braucht diese und andere Attribute, um die schwierigste Herausforderung seiner politischen Karriere zu meistern. Er steht zur Zeit im Kreuz-

feuer einer massiven Diskreditierungskampagne der sandinistischen Medien. Er wird als Agent des amerikanischen Imperialismus angeprangert. Etwa 200 Parteimitglieder sitzen im Gefängnis, die meisten sollen Sympathisanten und Helfer der „Contra“-Rebellen sein. Godoy hat gelernt, „mit der Angst zu leben“. Wenn nachts das Telefon klingelt und eine anonyme Stimme Todesdrohungen ausstößt, bringt ihn das nicht um den Schlaf.

„Wir sind die größte Oppositionspartei“, sagt Godoy in einem WELT-Gespräch. „Deshalb müssen wir die schwersten Schläge einstecken.“

Er will sich nicht in die rechte Ecke stellen lassen. Godoy war „vier Jahre, acht Monate und elf Tage“ – er legt Wert auf Genauigkeit – Arbeitsminister der sandinistischen Revolutionäre. In dieser Zeit konnte sich der frühere Soziologie-Professor von den Comandantes ein präzises Bild ma-

chen: „Marxisten-Leninisten, die keine andere Meinung dulden.“

Wir hatten Godoy vor einem Jahr zum letzten Mal gesehen. Wir fragen: „Was hat sich verändert?“ Godoy antwortet: „Das Land ist weiter heruntergekommen, wirtschaftlich, sozial und politisch. Das Wirtschaftsprogramm dieser Regierung kann man als totales Desaster bezeichnen.“ Immerhin charakterisiert selbst Präsident Daniel Ortega die wirtschaftliche Lage als „höllisch“.

Die Zahl der Arbeitslosen, so Godoy, betrage heute „mindestens 25 Prozent“. Um 25 Prozent sei in den vergangenen drei Jahren das Analphabetentum gestiegen. Medizinisch sei Nicaragua selten so schlecht versorgt gewesen wie heute. Schließlich: „Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes hungern die Leute.“

Virgilio Godoy: „Die Sandinisten schieben den Amerikanern die Schuld zu, aber das Volk weiß Be-

scheid.“ Er will die Auswirkungen des Krieges gegen die „Contra“-Rebellen nicht bagatellisieren, meint jedoch: „Die Unfähigkeit dieser Regierung, der Vertrauensverlust und die allgemeine Unsicherheit waren entscheidendere Faktoren.“

Die politischen Konsequenzen? „Die Repressionsschraube wird weiter angezogen.“ Godoy erwähnt die Schließung der Zeitung „Prensa“, die Weigerung der Regierung, den Priester Bismarck Carballo (Sprecher des Erzbischofs Miguel Obando y Bravo) von einer Auslandsreise zurückkehren zu lassen, und die Deportation des Bischofs Pablo Antonio Vega.

Durch das „Prensa“-Verbot hat die Opposition das letzte Informationsmedium verloren. Bereits seit Mai 1985 durfte die „Unabhängige Liberale Partei“ nicht mehr ihre Zeitschrift „Paso a Paso“ (Schritt für Schritt) veröffentlichen. Godoy: „Die Sandinisten sagten, sie hätten kein Papier.“

Fast alle sandinistischen Kritiker haben zur Zeit Angst vor Auslandsreisen. Sie befürchten, nicht mehr zurückkehren zu dürfen. Selbst Kardinal Obando will von einem geplanten Besuch im Nachbarland Costa Rica absehen. Virgilio Godoy möchte dennoch diese Woche nach Argentinien fliegen, auf Einladung von Präsident Raul Alfonsin. „Warten wir ab, was passiert.“

Er glaubt freilich nicht, daß er als Mitglied des von den Sandinisten kontrollierten Parlaments eine gewisse Immunität vor drastischen Schritten der Regierung genießt. „Das Parlament ist lediglich da, um bereits getroffene Entscheidungen abzusagen und im Ausland den Eindruck halbwegs demokratischer Prinzipien zu erwecken.“ Frage der WELT: „Welche Lösung sehen Sie für den Nicaragua-Konflikt?“ Godoy: „Nur ein Wunder kann diesem Land noch helfen.“

Haftverschärfung für Pazifisten

DW. Bonn

Der inhaftierte sowjetische Pazifist Alexander Tschukajew ist wegen eines an Willy Brandt und die Sozialistische Internationale gerichteten Appells im Frühjahr dieses Jahres mit Haftverschärfung bestraft worden. Dies berichtete die Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft Kontinent“. Ebenfalls inhaftierte Freunde Tschukajews hätten diese Nachricht jetzt in den Westen schmuggeln können und böten um ihre Übermittlung an Brandt. Tschukajew war wegen seiner Tätigkeit im Friedenskreis „Vertrauen“ und in einer sozialdemokratischen Gruppe 1985 zu insgesamt 10 Jahren Haft verurteilt worden. Tschukajews Frau Larissa, die auch Pazifistin ist, war im Mai bei einer Unterschriftensammlung für die Änderung des sowjetischen Nuklearprogramms verhaftet und kurz darauf wegen angeblicher Dokumentenfälschung zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt worden.



Entscheidung für souveräne Werte.

Die S-Klasse von Mercedes-Benz.

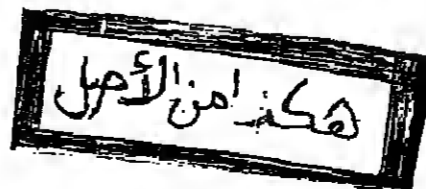
Sechs- und Achtzylinder-Triebwerke, die mit ihrer ausgereiften elektronischen Steuerung von Einspritzung und Zündung den neuen Stand der Technik repräsentieren. Eine Linie, die durch funktionale Eleganz und aerodynamische Qualität Vorbild im internatio-

nalen Automobilbau ist. Ein neues Beispiel für richtungweisende Sicherheit: Die elektronischen Gurtstraffer an beiden Vordersitzen, die es weltweit bis dato nur bei Mercedes gibt. Der durchdachte Großraumkomfort dieser Langstrecken-Limousinen, ihre sprichwörtliche Mercedes-Wertbeständigkeit, die Ausstattungsmöglichkeit mit ausgereifter Katalysator-Technik, die elektronisch-automatischen Antriebssysteme ASD und ASR für besonders schwierige Fahrbedingungen: Weitere markante Beispiele

für ein umfassendes technisches Optimum, das anspruchsvollen Fahrern in aller Welt die Entscheidung in Sachen »Automobil« fast selbstverständlich macht.



MERCEDES-BENZ
Ihr guter Stern auf allen Straßen.



Wer schneller bauen will, nimmt eine Abkürzung: HYPO.

Wer heute seinen Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen will, braucht einen Finanzpartner, der nicht auf der langen Leitung steht, sondern schnell zur Sache kommt.

Der blitzschnell Finanzierungsmodelle ausarbeiten kann und umgehend Entscheidungen trifft.

Denn wer weiß, ob die Zinsen immer so günstig bleiben? Wer kann sagen, ob die Vorteile, die der Staat heute bietet, auch morgen noch gewährt werden?

Mit der HYPO können Sie schnell auf einen Nenner kommen. Denn wir nutzen unsere Erfahrung in der Finanzierung von Bauvorhaben und unsere moderne Banktechnik in erster Linie dazu, die Zeit zu gewinnen, die Ihnen zugute kommt. Es lohnt sich also, die Abkürzung zu einer kreativen Bank zu nehmen. Sie ist eine Schnellstraße.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.

Ludwig Stöckl
HYPO-BANK



498
218
1051
317
317
1295

Stöckl

oris
eber
ünd
imb
stzt i
nnis

NACHRICHTEN

Däne Weltmeister
Palma de Mallorca (sid) - Der Däne Stig Westergaard wurde vor Palma de Mallorca Segel-Weltmeister in der Finn-Dinghy-Klasse.

Deutschland Vierter
Moskau (dpa) - Die sowjetische Wasserball-Mannschaft gewann das Turnier bei den Goodwill Games in Moskau mit einem 10:5-Sieg über die USA.

Mit Dietzen und Thurau
Siegen (sid) - Rudi Altig, sportlicher Leiter der deutschen Radprofis, hat die Mannschaft für die Weltmeisterschaft der Straßenfahrer in Colorado Springs benannt.

Roland Henn Meister
Bielefeld (dpa) - Roland Henn aus Hoppersdorf wurde in Bielefeld deutscher Meister der Amateure-Stecher.

Bitten um Asyl
Pirmasens (dpa) - Zwei polnische Ringer haben sich von ihrer Mannschaft Sila Myslowice abgesetzt und in der Bundesrepublik um politisches Asyl gebeten.

21,77 m mit der Kugel
Formia (sid) - Alessandro Andrei, Olympiasieger im Kugelstoßen aus Italien, erreichte bei einem Sportfest in Formia 21,77 m.

ZAHLEN

BASKETBALL
WM in Spanien, Zwischenrunde, Gruppe A: Brasilien - Cuba 99:85.

MOTORSPORT
Formel-1-WM, Großer Preis von England in Brands Hatch: 1. Mansell (England), Williams, 1:30:38,471.

GOLF
Europäische Meisterschaften der Juniorinnen (bis 21 Jahre) in Hamburg-Falkenberg: Endspiel: England - Schottland 7:0 Punkte.

KUNSTTURNEN
Goodwill Games in Moskau, Kür-Wettbewerb, Mannschaft: 1. UdSSR 290,15.

GEWINNZAHLEN
Toto, Elterwette: 1, 1, 1, 1, 1, 0, 2, 2, 1, 1 - 8 aus 48: 7, 19, 20, 22, 29, 40.

Die Zeit vergeht, der Athlet steht

Es gibt Dinge, auch im Sport, die haben Bestand, trotz aller Strömungen und Stürme. Das ist gut so. Es gibt aber auch Dinge im Sport, die überleben trotz aller Kritik.

Folgendes können wir nachlesen: „Sechs Wochen vor den Europameisterschaften tritt die Leichtathletik in der Bundesrepublik auf der Stelle.“

Eine Zustandsbeschreibung nach den deutschen Meisterschaften am Wochenende in Berlin? Weit gefehlt. Der Sport-Informationsdienst in Düsseldorf verbreitete diese Zeilen vor genau vier Jahren.

Es hat sich etwas getan, leider. 1982, so steht geschrieben, war die Zahl der Medaillen-Kandidaten aus zwei Händen abzuzählen.

STANDPUNKT

de. Zum anderen bleibt wieder einmal der Funke Hoffnung, daß ein Talent zwischen dem 26. und 31. August soviel internationale Erfahrung tankt, daß ihm, wenn schon nicht in Stuttgart, so doch danach der Durchbruch gelingt.

Wie gesagt: Hoffnung. Auch wenn die Erfahrungen ganz anders lehren. Kennt noch jemand die Namen der

Talente, die in Athen die Lücke hinter den deutschen Europameistern noch nicht schließen konnten, später aber auch nicht mehr in Erscheinung treten? Oder die Namen derer, die olympische Erfahrungen von Los Angeles in den letzten zwei Jahren in große Leistungen ummünzen sollten?

Zu vielen genügt stattdessen das Erreichte. Auch kümmerliche Leistungen werden schließlich noch pünktlich honoriert.

Anders läßt sich nicht erklären, daß es für 5000-m-Meister Dieter Baummann offenbar nichts Größeres zu erreichen gab, als einen Thomas Wessinghage, der seine guten Tage hinter sich hat, in mäßiger Zeit zu bezwingen.

SPORTHILFE

Athleten mit Dienstwagen

Die Deutsche Sporthilfe und die Audi AG haben gestern in Frankfurt einen dreijährigen Kooperationsvertrag im Rahmen der „Optimalförderung“ des deutschen Spitzensports vorgestellt.

Zur Zeit fallen unter die Zahl der optimalgeförderten 69 Athleten und Athletinnen aus zwölf Sportfachverbänden. Diese Gruppe soll bis Ende 1986 auf etwa 120 erweitert werden.

Das neue Projekt umfaßt etwa einen jährlichen Kostenaufwand von rund 1,5 Millionen Mark. Dafür müssen die an den Leihvertrag gebundenen Partner zu bestimmten Autogruppen und Fototerminen für das Auto-Werk zur Verfügung stehen.

RUDERN

Sechs Boote nominiert

Der im Frühjahr neugewählte Ruder-Sportchef Carlheinz Grosse hat seine Ankündigung wahrgemacht: Erstmals seit vielen Jahren gab es kein Streit bei der Nominierung des Aufgebots für die Weltmeisterschaft.

Die olympische Klassen, Männer: Einer: Kolbe (Hamburg), Zweier ohne Stm.: Baar/Richter (Hannover), Zweier mit Stm.: Zimmann/Berger/Stm. Ruppel (Essen), Vierer ohne Stm.: Dortmund/Witten (Kesslau, Grabow, Puttitz, Grabow), Achter des Leistungszentrums Dortmund (Wieneke, Schütz, Rabe, Eichholz, Scholz, Bauer, Mellinghaus, Cioschis, Stm. Bremer).

TRABEN

Every Way darf laufen

Der zunächst wegen Dopingverdachts für sechs Monate gesperrte Traber Every Way von Alwin Schockemöhle kann wieder an den Start gebracht werden.

Alwin Schockemöhle zu den Vorwürfen: „Ein Traber wie Every Way geht immer mit Siegfürchen in ein Rennen. Da die Sieger stets zur Dopingkontrolle müssen, würde nur ein Dummkopf zu verbotenen Mitteln greifen.“

LEICHTATHLETIK / Nominierung für die EM

Große Mannschaft, nur kleine Chancen

Mit der Aufstellung seiner vorläufigen Mannschaft für die Europameisterschaft in sechs Wochen in Stuttgart ist der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) zum Ursprung der olympischen Idee zurückgekehrt.

Nach fünfstündigen Beratungen gab der DLV gestern in der Spielbank Berlin ein Aufgebot von 76 Athleten (48 Männer, 28 Frauen) bekannt, das am nächsten Wochenende um drei Zehnkämpfer und drei Siebenkämpferinnen ergänzt werden wird.

Aktivensprecher Peter Bouschen (Düsseldorf), deutscher Meister und Rekordhalter im Dreisprung, kommentierte das Team so: „Ich hatte nicht mit einer solch großen Mannschaft gerechnet.“

Mit Hans-Peter Ferner (800 m) und Thomas Wessinghage (5000 m) fehlen zwei Europameister von Athen, wo die Vertreter des DLV 1982 mit acht Titeln für einen unerwarteten Erfolg sorgten.

Die neue Weltmeisterin flog nach Hause zurück. Tom Gayford erhofft sich in der Heimat „größere Beachtung des Reitsports zuzubause, vielleicht auch neue Sponsoren.“

Glanzleistung am 12. August in Zürich nachrücken kann.

Die anderen noch aktiven Titelverteidiger sind nach vier Jahren erneut dabei: Harald Schmid über 400 m Hürden und mit der Staffel über 4 x 400 m, Patriz Ig über 3000 m Hindernis, Dietmar Mögenburg im Hochsprung und Hartmut Weber, der aber nur in der Staffel eine Chance hat.

Eine Hintertür steht im Prinzip allen nicht berücksichtigten Athleten offen, sofern in ihrer Disziplin nicht schon die drei maximal möglichen Plätze vergeben wurden.

Das Aufgebot

- Männer: 100 m, 200 m, 4 x 100 m: Haas, Evers, Klein, Zaska, Westhagemann. 400 m, 4 x 400 m: Lübke, Skamrahl, Vaihinger, Just, Schmid, Itt, Weber (Kamen). 800 m: Assmann, Braun, Willbeck. 1500 m: Becker, Mönkemeyer. 5000 m: Baumann. 10 000 m: Herle. - Marathon: Steffny, Salzmann. - 20 km Gehen: Wiedemann. - 50 km Gehen: Schwarz. - 110 m Hürden: Radzey. - 400 m Hürden: Schmid, Scholz, Kaulin. - 3000 m Hindernis: Ig, Schwarz. - Hoch: Mögenburg, Thürnhardt, Bensch. - Stabhoch: Zintl, Winkler. - Weit: Haaf (Gleims). - Dreisprung: Bouschen, Jaros, Zinser. - Kugel: Stolz, Gelhausen. - Diskus: Hanneker, Danneberg, Wagner (Mainz). - Hammer: Sahner, Schäfer, Ploghaus. - Speer: Tafelmeyer, Schreiber, Gambke.

Frauen: 100 m, 200 m, 4 x 100 m: Gaugel, Sarvari, Königer, Thimm, Maerz, Hirsch. - 400 m, 4 x 400 m: Kinzel, Arendt, Bußmann, Thimm, Lix. - 800 m: Bußmann, Klingner. - 1500 m: Kraus. - 3000 m: Kraus, Michalek, Biba. - 10 000 m: Pressler. - Marathon: Hutterer. - 10 km Gehen: Warz. - 100 m Hürden: Denk. - 400 m Hürden: Abt, Holzappel. - Hoch: Redetzky. - Weit: Hirsch, Harms. - Kugel: Losch, Plotzitzka. Storp. - Diskus: Losch. - Speer: Peters, Thyssen, Alizadeh.

FORMEL 1

Die Karriere von Laffite ist beendet

Die einzigartige Formel-1-Karriere von Jacques Laffite ist beendet. Der 42 Jahre alte Franzose liegt seit seinem Unfall am Sonntag beim Großen Preis von Großbritannien in Brands Hatch mit schweren Verletzungen in einem Londoner Krankenhaus.

Ungeklärt bleibt der genaue Unfallhergang. Der Belgier Thierry Boutsen war an seinem 29. Geburtstag und 50. Großen Preis kurz nach dem Start nach links abgedriftet und stieß in einen Reifenwall.

Die schnell herbeigeheilten Sicherheitskräfte versorgten Laffite zunächst mit Sauerstoff. Der zusammengepreßte Ligier, dessen Schnauze teilweise unter die Leitplanken geraten war, mußte aufgeschnitten werden.

Das Unglück passierte ausgerechnet an dem Tag, als Laffite mit seinem 176. Grand Prix den Rekord des Briten Graham Hill einstellte.

Laffites Schicksal überschattete den Triumph der Williams-Fahrer Nigel Mansell (Großbritannien) und Nelson Piquet (Brasilien).

SPRINGREITEN / Geschäftsmann Paul Schockemöhle dachte schon in Aachen über seinen Rücktritt vom aktiven Sport nach

„Wenn Deister keine Lust mehr hat, dann stecke ich auf“

Seit Freitag war Paul Schockemöhle in Aachen nicht mehr Reiter, nur noch Geschäftsmann. Er hatte eine andere Rolle übernommen, er verteilte Prospekte seiner Reitpferdeauktion Anfang November in Anjum.

Edmonton, dort sorgte hisher Eishockey-Star Wayne Gretzky für Schlagzeilen.

Gail Greenough, die Kunstschicht studierte und mit Examen abschloß, wurde vor 55 000 Zuschauern die erste Weltmeisterin in der Geschichte des Turniersports seit dem ersten Titelkampf 1953.

Edmonton, dort sorgte hisher Eishockey-Star Wayne Gretzky für Schlagzeilen.

Gail Greenough, die Kunstschicht studierte und mit Examen abschloß, wurde vor 55 000 Zuschauern die erste Weltmeisterin in der Geschichte des Turniersports seit dem ersten Titelkampf 1953.

traue auf deinen Instinkt, dann wird alles in den richtigen Bahnen laufen.“

Die neue Weltmeisterin flog nach Hause zurück. Tom Gayford erhofft sich in der Heimat „größere Beachtung des Reitsports zuzubause, vielleicht auch neue Sponsoren.“

behalten möchte, meinte sie: „Jappeloup.“

Für die anderen Medaillengewinner geht der Beruf weiter. Conrad Hornfeld (USA) tingelt durch Frankreich.

Boris Becker: Perfekt in sieben Siegen. Alle Hintergründe zu seinem zweiten Wimbledon-Triumph. Jetzt im neuen tennis magazin.

Ab sofort im Zeitschriftenhandel tennismagazin DM 5,50 WIMBLEDON TRIUMPH

هنا من العمل

„Sprengfalle“ aus Beständen der Bundesbahn

AP/DW, Karlsruhe
Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe geht davon aus, daß der bei dem Anschlag auf das Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts und dessen Fahrer Groppler in Straßlach bei München verwendete Sprengstoff „wahrscheinlich in mehr als zwei“ Gasflaschen gefüllt gewesen sei. Bei der Suchaktion am Tatort hatten die Beamten am Sonntag weitere Splitter derartiger Behälter gefunden. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, erklärte gestern, die Gasflaschen für die „Sprengfälle“ stammten aus Beständen der Deutschen Bundesbahn.

Bisher sind im Zusammenhang mit dem Bombenattentat bei der Polizei mehr als 400 Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen. Bisher gibt es aber keine heiße Spur. Ein hoher Ermittlungsbeamter sagte der WELT, im Gegensatz zu dem Attentat auf Hans-Martin Schleyer sei die Observation der Opfer durch die Tätergruppe vorher diesmal nicht bemerkt worden. Die Familie Schleyer habe 1977, zwei Wochen vor der Entführung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten, den Staatsschutzbehörden mitgeteilt, daß sie beobachtet würde. Die Familie Beckurts dagegen habe nichts bemerkt. Um einen so präzisen Ablauf des Anschlags zu erreichen, hätten die Terroristen sie aber lange Zeit beobachten müssen. Der Ermittlungsbeamte zieht daraus den Schluß, daß die Terroristen heute sehr profihalt arbeiteten und über modernste technische Geräte verfügten.

Polens Obstexporte zurückgegangen

dpa, Warschau
Die Obstexporte Polens in den Westen sind nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl drastisch zurückgegangen. Die Zeitung „Rzeczpospolita“ berichtete gestern, der Exportverlust bei Himbeeren und Johannisbeeren werde etwa eine Million US-Dollar ausmachen. 1985 seien insgesamt 1000 Tonnen dieser Beerenfrüchte an die Bundesrepublik Deutschland und skandinavische Länder verkauft worden. In diesem Jahr werden es lediglich 150 Tonnen sein.

Das Blatt schrieb dazu, daß in Westeuropa weiterhin eine „geschickelt angestachelte Psychose“ über angeblich verunreinigte Lebensmittel aus Polen herrsche. Dahinter steht nach Auffassung der Zeitung die Konkurrenz aus Frankreich, Spanien und Brasilien. Sie versuche, die Kundschaft im Westen vom Kauf polnisches Obst und Gemüse abzubringen.

Israelis greifen Palästinenser an

dpa/AP, Tel Aviv/Beirut
Zum zweiten Mal innerhalb von vier Tagen hat die israelische Luftwaffe Stützpunkte palästinensischer Guerillas in Libanon bombardiert. Der Angriff richtete sich nach Angaben des Oberkommandos in Tel Aviv gegen „pro-syrische Terroristen-Organisationen“ im drusischen Schufgebirge südöstlich von Beirut. Alle israelischen Flugzeuge seien nach dem Angriff unversehrt zurückgekehrt, hieß es.

Die libanesischen Polizei berichtete, bei den Orten Aitah, Baissur, Schimlan und Ainab seien mehrere Gebäude in Brand geschossen und zerstört worden. Die Gebäudekomplexe seien von mehreren pro-syrischen Palästinensergruppen benutzt worden, die zum PLO-Chef Arafat in Opposition stünden. Bereits in der vergangenen Woche hatten israelische Kampfbomber Ziele bei der Hafensstadt Sidon bombardiert, nachdem palästinensische Freischärler versucht hatten, nach Nordisrael einzudringen.

Mainz beklagt das Los seiner Reservisten

Nea, Mainz
In einem Brief an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat sein Parteifreund Franz Peter Basten, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Innenministerium, „mit Nachdruck“ um den Abbau der Ungerechtigkeit gebeten, von der die Reservisten in diesem Bundesland betroffen sind.

Wie vor einigen Tagen an Hand einer Statistik der zuständigen Wehrbereichsverwaltung bekanntgeworden war, werden Bundeswehrreservisten aus Rheinland-Pfalz im Schnitt fast doppelt so häufig zu Wehrübungen einberufen wie ihre Kameraden in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Der Grund: In Rheinland-Pfalz sind wesentlich mehr Bundeswehrverbände stationiert als anderswo.

Kostenfrage
Die Bundeswehr wiederum ist aus mehreren Gründen daran interessiert, zu den Übungen möglichst Reservisten mit kurzen Reisewegen zu holen. Einmal senkt das die Kosten. Zum anderen sind die in der Nähe Wohnenden auch im Ernstfall beson-

London tritt Irritationen in der NATO entgegen

Die Britische Rheinarmee soll modernisiert werden
RÜDIGER MONIAC, Bonn
Mit der Feststellung, daß die Britische Rheinarmee (BAOR) von vorrangiger Bedeutung für die Verteidigungspolitik der britischen Regierung sei, trat Verteidigungsminister George Younger allen in jüngster Zeit entstandenen Irritationen über eine mögliche Akzentverschiebung in den Verteidigungsausgaben Londons entgegen. Kommentatoren britischer Zeitungen hatten verlangt, Großbritannien solle sich mehr auf seine historische Begründeten und seit den siebziger Jahren vernachlässigten maritimen Aufgaben unter anderem „ostwärts von Suez“ besinnen und dafür die Verteidigung Mitteleuropas den Kontinentaleuropäern überlassen. Hinter solchen Forderungen wollten Fachleute einen wachsenden Einfluß der „Marine-Lobby“ auf das Londoner Verteidigungsministerium erkennen.

Minister Younger betonte in einem eben in der Juli-Ausgabe der „Europäischen Wehrkunde“ erscheinenden Aufsatz: „Nach Auffassung der britischen Regierung ist die Präsenz der in der Bundesrepublik stationierten britischen Land- und Luftstreitkräfte von entscheidendem Gewicht sowohl für die Vorverteidigung Großbritanniens selber als auch als Demonstration unserer Verpflichtung zur Vorverteidigung und Verstärkung des europäischen Festlandes.“

Bündnis-Triade

Großbritanniens Verteidigungshaushalt stehe mit nahezu 18,5 Milliarden Pfund absolut gesehen innerhalb der NATO an zweiter Stelle hinter dem USA. Dies spiegelt den „einzigartigen Beitrag“ Londons sowohl zu jedem Element der Bündnis-Triade der strategischen Waffen, der nuklearen Gefechtsfeldwaffen, der konventionellen Waffen als auch zu allen drei höchsten NATO-Kommandobereichen.

Auch wenn die britischen Verteidigungsausgaben in den nächsten drei Jahren „geringfügig“ sinken, ist das, so Younger, „nur ein Teil des Gesamtbildes“. Seit dem Antritt der Regierung Thatcher vor rund sieben Jahren weise der britische Verteidigungshaushalt eine „bisher beispiellose Periode realen Wachstums“ auf. Etwa 45 Prozent der laufenden Ausgaben seien für die Modernisierung der Ausrüstung der Streitkräfte bestimmt; ein großer Teil davon diene der Effektivität der britischen Truppen in der Bundesrepublik.

SPD-Linke nimmt Schwiers Staatssekretär ins Visier

Streit über Abitur-Nachprüfung / Rau teilt Position der Fraktion
PAUL F. REITZE, Bonn
Der Streit um den Kurs in der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik spitzt sich zu. Ins Schußfeld der SPD-Linken, die von der Gesamtfraktion nicht mehr gestoppt werden, ist nun der Kultus-Staatssekretär Ulrich Kleiner geraten. Seine baldige Ablösung wird nicht mehr ausgeschlossen.

Der sachliche Kern des jüngsten Zwistes: Als einziges Bundesland gestattet Nordrhein-Westfalen Abiturienten, die ein Fach verpatzt haben, die fehlenden Punkte nach den Sommerferien in einer Nachprüfung nachzuholen. Aufgrund zwingender Vereinbarungen in der Kultusministerkonferenz wollte Kultusminister Hans Schwier (SPD) diese Praxis nun beenden. Von 1987 an sollten, je nach Leistungsstand, die Abiturversager aus NRW nach einem halben, beziehungsweise ganzen Jahr, zu einer Wiederholungsprüfung, dann allerdings in allen Fächern, antreten. Dies ist bereits in einigen Bundesländern möglich. Die SPD-Fraktion wandte sich daraufhin gegen diese Absicht Schwiers.

Personalkarussell

Der personelle Anlaß des sich zu spitzenden Streits: Schwier und sein Staatssekretär Kleiner wollten Ministerialdirigent Heermann, einen alten Fahrtenmann von Schwiers Vorgänger Girgensohn, schon im August vorzeitig in Pension schicken. Heermann leitet im Kultusministerium die wichtige Abteilung „Schulaufsicht“.

Mehr Wehrgerechtigkeit

In einem Gespräch mit der zuständigen Wehrbereichsverwaltung hat Staatssekretär Basten bereits Möglichkeiten erörtert, mit denen auch die rheinland-pfälzischen Reservisten eine Chance auf mehr Wehrgerechtigkeit eingeräumt werden kann. Eine der Möglichkeiten bestünde darin, die Zahl der Wehrübungsplätze ganz allgemein zu erhöhen. Dies würde zur Folge haben, daß auch solche Reservisten zu Übungen einberufen werden können, die von ihrer Einheit weiter entfernt wohnen.

In seinem Brief an Bundesverteidigungsminister Wörner kommt der rheinland-pfälzische Staatssekretär auf diese Möglichkeit zurück und bittet den Bundesminister darum, diesen Weg zu beschreiten.



Der Platz República Dominicana nach dem Anschlag

Attentat trägt Handschrift der ETA

In Madrid wurden acht Menschen Opfer des Terrorismus / Autobombe ferngezündet
DW, Madrid
Hinter dem Bombenanschlag von Madrid, bei dem gestern acht Menschen ums Leben kamen, steht offenbar die spanische Separatistenorganisation ETA. Dafür spricht die Handschrift der Täter, die die Bombe, die in einem Auto am Straßenrand versteckt war, durch Fernzündung zur Detonation brachten. Sie enthielt neben dem Sprengstoff eine Ladung von Metallstücken zur Verstärkung der verheerenden Wirkung.

Der Anschlag galt einem voll besetzten Polizeibus. Für die ETA ist die Polizei das Symbol eines Staates, der es ablehnt, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Das Attentat in der Straße Principe de Vergara auf der Höhe des Platzes República Dominicana ist das bisher schwerste Verbrechen durch ferngezündete Autobomben. Diese Methode hat die baskische Terroristenorganisation vom Oktober 1982 bis April 1986 insgesamt acht Mal angewendet.

Am 25. April dieses Jahres waren ebenfalls in Madrid und auch mit einer Autobombe fünf Angehörige der Guardia Civil getötet worden. Dieser Anschlag ging nach eigenen Angaben ebenfalls auf das Konto der ETA.

Während die Sicherheitskräfte davon ausgehen, daß die im Baskenland beherrschte Organisation der ETA den Anschlag von Madrid geplant und ausgeführt hat, vermutet die Polizei, daß das ETA-Kommando der spanischen Hauptstadt hinter den Morden steht. Im vergangenen Jahr hatten Angehörige dieser Gruppe sechs hochrangige Armeeoffiziere getötet. In Regierungskreisen hieß es, daß Madrids Kommando sei für die Terroristenorganisation politisch von herausragender Bedeutung. Für die Annahme, daß die baskische ETA das Verbrechen begangen hat, spricht

Wie Känguruhs über die Grenzen in Europa

dpa, Bonn
Leichtfüßig nach Vorbild der Känguruhs sollen die Einwohner der EG-Länder die Schlagbäume an den Grenzen überwinden. Dafür setzen sich etwa 80 Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die „Känguruhs-Gruppe“, ein. Sprecher der Initiative, die deutschen EP-Abgeordnete Karl von Wogau (CDU) und Dieter Rogalla (SPD), forderten gestern in Bonn ein „Europa ohne Grenzen“, in dem es keine Personkontrollen an den Straßenübergängen und keine Routenkontrollen im Bahn- und Flugverkehr mehr gibt. Gemeinsam mit Kollegen aus Griechenland und Großbritannien trugen sie ihre Forderungen auch Bundeskanzler Helmut Kohl vor.

Neue Regierung in den Niederlanden

dpa, Den Haag
Das zweite Mitte-Rechts-Kabinett des niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers hat gestern die Regierungsgeschäfte übernommen. Die neu in die Regierung einsetzenden Minister legten am frühen Nachmittag vor Königin Beatrix den Amtseid ab.

In dieser Mitte-Rechts-Koalition übernehmen die Christdemokraten (CDA) neun (statt bisher acht) der 14 Ressorts. Die rechtliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) erhielt fünf (bisher sechs) Minister. Die Machtverschiebung zugunsten des größeren Koalitionspartners CDA ist eine Folge des Ausgangs der Wahl vom 21. Mai, bei der die CDA neun Parlamentsmandate hinzugewann, während die VVD neun Mandate verlor.

Janßen kritisiert Bundesregierung

DW, Bonn
Als „hellen Wahnsinn“ hat das Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl-Heinz Janßen, Vorschläge der Bundesregierung, das Rentenalter auf 70 Jahre anzuhäufeln, bezeichnet. In einem Interview mit der „Bild“-Zeitung sagte er, er halte dies, auch wenn es auf freiwilliger Basis geschehe, erst im nächsten Jahrtausend für wahrscheinlich. Denn bei über zwei Millionen Arbeitslosen dürfe man nicht die Beschäftigungs-Chancen vermasseln. Zu der langfristigen Sicherung der Renten erklärte Janßen, daß der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung anders berechnet werden müsse.

Er dürfe nicht mehr an der Lohnsumme, sondern an der Wertschöpfung des Unternehmens bemessen werden. Denn viele Firmen machten immer mehr Geld mit immer weniger Leuten. Auch müßten die Beamten einkommensgerechte Beiträge zur Alterssicherung zahlen.

„Langer Marsch“ an die Führungsspitze Vietnams

Der neue Parteichef der KP gehört zur alten Garde
AFP, Hanoi
Eigentlich heißt er Nom Dang Xu-an Khu. Der neue Parteichef Vietnams ist jedoch allgemein unter dem Namen Truong Chinh - „Langer Marsch“ - bekannt. In der Partei wegen seiner moralischen Integrität allgemein geschätzt, gehört der 78jährige zu der alten Garde der „historischen Führer“ Vietnams, die die Geschichte des Landes seit vier Jahrzehnten leiten.

1907 in der jetzigen Ha-Nam-Ninh-Provinz rund 100 Kilometer südlich von Hanoi geboren, trat er schon früh in die Fußstapfen seines Vaters, eines in der Nationalistenbewegung engagierten Lehrers. Seit 1927 in der revolutionären Jugendbewegung aktiv, wurde Truong Chinh 1930 Gründungsmitglied der indochinesischen KP. Im darauffolgenden Jahr wurde er zusammen mit anderen künftigen Führern Vietnams wegen seiner politischen Betätigung inhaftiert.

Nach seiner Freilassung im Jahr 1932 ging er in den Untergrund und trat dabei mit Männern wie dem späteren General Vo Nguyen Giap zusammen, der 1944 die vietnamesische Volksarmee gründete. Auf der Flucht vor der französischen Kolonialpolizei ging Truong Chinh 1938 nach China. 1940 wurde er zum Mitglied des ZK der indochinesischen KP ernannt und rückte bereits im folgenden Jahr zum Generalsekretär auf. Er wurde somit die „Nummer zwei“ hinter Ho Tsch Minh.

Als Führer der maoistischen Fraktion innerhalb der Partei leitete Truong Chinh 1954 eine Agrarreform nach chinesischem Muster ein, die sich als Fehlschlag erwies. Tausende von Bauern und Grundbesitzern wurden hingerichtet. 1956 wurde Truong Chinh als Hauptverantwortlicher der Reform auf dem Posten des Generalsekretärs durch Le Duan ersetzt.

Truong Chinh blieb jedoch Politbüromitglied und wurde 1958 stellvertretender Ministerpräsident. Zwei Jahre später wurde er zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung ernannt. Den Posten hatte er bis 1981 inne, als er, die Spitze des Staatsrats berufen wurde.

Der Kanzler bewundert Pakistans „Selbstlosigkeit“

Kohl sichert Junejo Hilfe für afghanische Flüchtlinge zu
BERNT CONRAD, Bonn
Afghanistan bleibt nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl „Prüfstein für die sowjetische Bereitschaft, eine friedliche, auf das Völkergesamt gegründete Politik zu führen“. Mit dem pakistanischen Premierminister Mohammed Khan Junejo war sich Kohl gestern darin einig, daß der Sowjetunion immer wieder deutlich gemacht werden müsse, mit welcher Entschiedenheit die Weltöffentlichkeit das gewaltsame Vorgehen Moskaus in Afghanistan mißbilligt.

Die Afghanistan-Frage stand im Mittelpunkt der Gespräche, die Junejo nach seiner Ankunft am gestrigen Nachmittag in Bonn führte. Bei einem Mittagessen für den Gast äußerte sich der Kanzler besorgt darüber, daß die Sowjetunion den militärischen Konflikt in Afghanistan unvermindert fortsetze und damit die Leben der Bevölkerung verlängere.

Maßvolle Reaktion
„Meine Regierung verurteilt entschieden die von Afghanistan ausgehenden bewaffneten Übergriffe auf pakistanisches Territorium. Angesichts einer solchen Politik der Einschüchterung ist die maßvolle Reaktion Pakistans, das sich dadurch weder zurückdrängen noch provozieren läßt, besonders anzuerkennen“, sagte Kohl.

Dem pakistanischen Premierminister versicherte er: „Wir unterstützen Ihr Land weiterhin bei seinen Bemühungen um eine politische Lösung

Nixon vor verschlossenen Türen in Moskau

AP, Moskau
Der ehemalige US-Präsident Richard Nixon, der sich zu einem Privatbesuch in Moskau aufbitt, steht vorerst vor „verschlossenen Türen“. Nixons wichtigster Kontaktperson, der ehemalige sowjetische Botschafter in den USA, Anatolij Dobrynin, mußte überraschend mit der sowjetischen Delegation zur Trauerfeier für den in der vergangenen Woche verstorbenen vietnamesischen Parteichef Le Duan nach Hanoi reisen. Nixons Sprecher sagte, Dobrynin habe die Reise des Expräsidenten maßgeblich organisiert, und so müsse man mit allem bis zu dessen Rückkehr warten. In der Zwischenzeit werde Nixon einen Abstecher nach Leningrad machen. Dobrynin wird in keinem Fall vor Mittwoch in Moskau zurück erwartet.

„Aktionstag“ wurde ein Mißerfolg

AFP, Johannesburg
Der „Aktionstag“ gegen das Apartheidregime, zu dem Südafrikas größte Schwarzen-Gewerkschaft COSATU für gestern aufgerufen hatte, ist ein Mißerfolg geworden. Die Arbeiter begaben sich fast geschlossen in ihre Betriebe. Der Bus- und Zugverkehr zwischen den Townships und den Industriezentren funktionierte weitgehend normal. Das galt vor allem für Soweto bei Johannesburg, die mit nahezu zwei Millionen Menschen größte Schwarzenstadt des Landes. Sie gilt als Zentrum des Widerstandes gegen die Apartheid. In der benachbarten Township Alexandra lagen die öffentlichen Transportmittel zwar still, aber die Arbeiter machten sich zu Fuß auf den Weg in die Fabriken. Der nur schwache Widerstand des Aufstands zu Arbeitsniederlegungen und Sitzstreiks wurde von Beobachtern mit Organisationsmangel erklärt. Außerdem seien die Gewerkschaften durch die Verhaftungen weitgehend führungslos geworden.

Nadschibullah besucht Truppen

rr, Moskau
Der afghanische Parteichef Nadschibullah hat die Provinz Herat besucht, wo die sowjetischen und afghanischen Verbände große Erfolge bei Gefechten mit Rebellen erzielt haben sollen. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete, daß Nadschibullah den Verantwortlichen für ihren Kampf gedankt habe und es als vordringliche Aufgabe bezeichnet habe, mit den durch „konterrevolutionäre Propaganda“ fehlgeleiteten Afghanen zusammenzuarbeiten. Herat liegt im Westen Afghanistans in der Nähe der Grenze zu Iran und der Sowjetrepublik Turkmenistan.

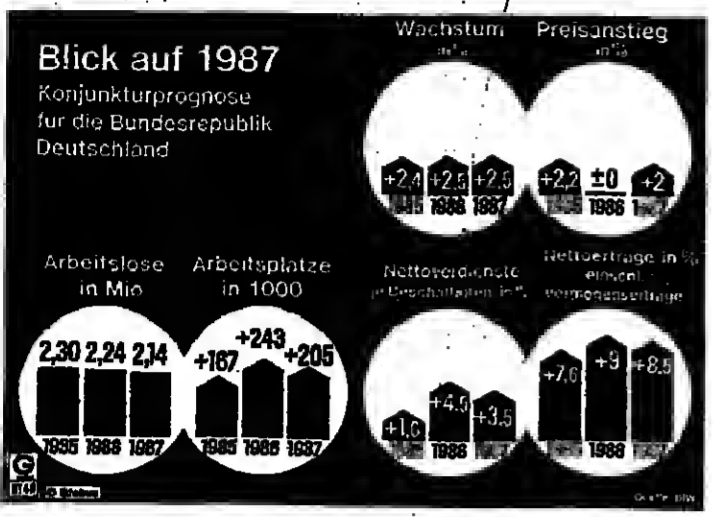
Notfalls Alleingang gegen Apartheid

rr, Montreal
Kanada will notfalls im Alleingang Sanktionen gegen Südafrikas weiße Minderheitsregierung einführen. Dies sagte Ministerpräsident Brian Mulroney nach einem Gespräch mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, bei dem tiefgreifenden Differenzen deutlich geworden waren. Im Gegensatz zum Mulroney hält Frau Thatcher weiter daran fest, daß Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ungeeignet sind, um die Apartheidpolitik zu beenden. Mulroney machte außerdem deutlich, daß er den sogenannten Commonwealth-Report über die Situation in Südafrika anders bewertet als Frau Thatcher. Die Premierministerin hatte erklärt, sie könne aus dem Bericht der Commonwealth-Sonderkommission keine Aufforderung zu Sanktionen herauslesen.

5600 Verfahren wegen Nötigung

dpa, Bonn
Rund 5600 Ermittlungsverfahren sind, so der Grünen-Bundestagsabgeordnete Norbert Mann, bisher gegen Anhänger der „Friedenbewegung“ eingeleitet worden, die mit Sitzblockaden oder ähnlichen Aktionen gegen Atomwaffen demonstriert haben. In etwa 1300 Fällen sei es zu Verurteilungen gekommen, meist zu Geldstrafen. Rund 2000 Verfahren seien noch nicht abgeschlossen. Mehrere hundert Fälle seien wegen fehlenden Tatverdachts eingestellt worden, und nur in 18 Fällen habe es Freisprüche gegeben. Mann selbst war im Juni vom Amtsgericht Bitburg zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung und 12 000 Mark verurteilt worden. Die „Kriminalisierung der Friedensbewegung“ sei erschreckend, sagte er. Eine Welle von Ermittlungen werde es auch wegen der Demonstrationen gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf geben. Eine bayerische Sonderkommission habe von Februar bis Anfang Mai bereits mehr als 1000 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Jeppin Lisa



Das Wachstum in der Bundesrepublik wird mindestens bis Ende 1987 anhalten. Damit rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, auch wenn die Prognose für 1986 von rund vier auf 2,5 Prozent zurückgenommen wurde. *Quelle: DIW*

FÜR DEN ANLEGER

Pfund: Der Kurs der englischen Währung ist gestern mit 3,258 DM auf den niedrigsten Stand seit März 1986 gefallen. Als Grund wird der weitere Ölpreisverfall genannt. So sank Nordseeöl der Sorte Brent auf 9,10 (9,45) Dollar je Barrel.

Insiderhandel: Ein neuer Fall ist in den USA bekannt geworden. Die Börsenaufsicht SEC untersucht den Handel in Aktien der RCA Corp. vom letzten Dezember. Verdächtigt werden ein Vater und sein Sohn, der bei einem Analysten beschäftigt war. Die Gewinne werden auf 2 bis 3 Mill. Dollar geschätzt.

Tokio: Bei wieder lebhaftem Geschäft schloß der Aktienmarkt gestern mit einem neuen Höchststand. Gewinne konnten die meisten Blue Chips verbuchen.

Enrodollar-Anleihe: Mit einem Kupon von 7,25 Prozent begibt Norwegen eine Anleihe über 500 Mill. Dollar und fünf Jahren Laufzeit. Der Zeichnungskurs beträgt 101,5 Prozent, die Rendite 6,88 Prozent.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 262,05 (262,04); Chemie: 153,21 (153,75); Elektro: 296,10 (296,06); Auto: 742,78 (743,75); Maschinenbau: 143,52 (143,74); Versorgung: 147,84 (149,05); Banken: 387,55 (389,90); Warenhäuser: 148,17 (147,92); Bauwirtschaft: 474,98 (475,16); Konsumgüter: 169,40 (169,57); Versicherung: 1358,22 (1365,64); Stahl: 155,46 (154,64).

Kursgewinner: DM + %
Farb. Ligu: 10,40 14,2
Buckau-W.: 120,00 9,0
Koepp: 160,00 6,8
Hanf Oberach St.: 255,00 5,8
Hanf Oberach Vz.: 200,00 5,2

Kursverlierer: DM - %
Rieb. Montan: 132,00 5,7
Dyckerhoff Vz.: 193,00 4,9
Commerz. Reste: 14,10 4,7
Alte Leipz. C.: 1050,00 4,5
Dt. Babcock St.: 178,00 4,5
(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Behauptet.

Gatt: Dritte Welt fürchtet Nachteil - von Würzen zerstreut Bedenken

Einbeziehung von Dienstleistungen umstritten - Handelshemmnisse bremsen Wachstum

HEINZ HECK, Bonn

Die Einbeziehung auch der Dienstleistungen in die bevorstehende Liberalisierungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) ist umstritten, vor allem zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Mit Blick auf das für September geplante Gatt-Ministertreffen hat Wirtschaftsstaatssekretär von Würzen in einem Schreiben an seinen indischen Kollegen Venkataraman die - vor allem von Brasilien und Indien artikulierten - Befürchtungen der Dritten Welt zu zerstreuen versucht.

Die Haltung der Dritten Welt ist, seit über Dienstleistungen im Gatt gesprochen wird, von der Sorge diktiert, sie könne hierbei aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsstandes zu kurz kommen. Von Würzen plädiert nun dafür, daß der Dienstleistungshandel in die Gatt-Verhandlungen über den Abbau von Handelshemmnissen einbezogen werden sollte.

Aus der Sicht der Bundesregierung sei es jedoch „verständlich und berechtigt“, wenn die Entwicklungsländer für sie wichtige Themen wie Marktöffnung für tropische und andere Erzeugnisse, das Streit-schlichtungsverfahren oder den Zusammenhang zwischen Handel und Verschuldung in die Debatte einbringen. Auch die Bundesregierung sieht diese Themen als sehr wichtig an. Die neue Runde bietet

deshalb unter Einbeziehung des Themas Dienstleistungen eine vorzügliche Gelegenheit, innerhalb eines Gesamtpaketes einen fairen Interessensausgleich und dabei gegenseitige Konzessionen in wichtigen Gebieten zu erreichen.

Gerade bei Dienstleistungen sei im vergangenen Jahrzehnt ein besonders dynamisches Wachstum zu verzeichnen. Der volle Exportstund jedoch Handelshemmnisse entgegen. In der derzeitigen Phase „weltweit relativ begrenzter Wirtschaftswachstums und struktureller Anpassungsprozesse“ dürften dieses Wachstumspotential und die damit verbundenen Beschäftigungschancen nicht ungenutzt bleiben.

Die Einbeziehung des Dienstleistungshandels in die nächste Runde diene auch der Stärkung des Gatt. Käme keine Einigung zustande, so

Lufthansa braucht Kapital

Von GERD BRÜGGEMANN

Auf der Tagesordnung zur Hauptversammlung der Deutschen Lufthansa AG, die morgen in Hamburg Kongresszentrum stattfindet, fehlt ein wichtiger Punkt: Beschlußfassung über eine Kapitalerhöhung. Daß die nationale deutsche Fluggesellschaft dringend mehr Eigenmittel braucht, steht außer Frage. Die letzte Kapitalerhöhung um 300 auf 900 Millionen Mark erfolgte im Jahre 1978.

Seither hat sich das Geschäftsvolumen des Unternehmens auf mehr als 10 Milliarden Mark verdoppelt. Gleichzeitig stiegen die Anforderungen an die Investitionskraft enorm, und Flugzeuge sind auch nicht billiger geworden. Obwohl niemand behaupten wird, die Finanzkraft des Unternehmens reiche nicht aus, kann doch nicht übersehen werden, daß sich die Bilanzstruktur erkennbar verschlechtert hat. Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch langfristige Mittel ging auf 74 Prozent zurück, nachdem er in den siebziger Jahren noch über 90 Prozent gelegen hatte.

„Inzwischen“, so schreibt der Vorstand im Geschäftsbericht zu diesem Thema, „wurden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, die eine Verstärkung der Langfristfinanzierung bewirken.“ Hinter diesem Satz verbirgt sich die Auflage einer Anleihe, mit der sich die Gesellschaft zusätzliche Mittel beschafft, deren Qualität aber unzufriedenstellend gering ist, als es zusätzliches Eigenkapital wäre. Warum also bittet das Unternehmen seine Aktionäre nicht um weiteres Kapital? Die Wahrheit ist einfach: Es hat, aber der Großaktionär Bundesrepublik hat wissen lassen, daß er zur Zeit nicht mitmachen will.

Solche Ablehnung hat nichts dazu zu tun, daß womöglich der günstigste Zeitpunkt für eine Kapitalerhöhung verpaßt sei. Abgesehen einmal davon, daß die Hauptversammlung ein genehmigtes Kapital beschließen könnte, das dem Vorstand die Gelegenheit gäbe, bessere Zeiten abzuwarten, die übrigens so schlecht auch wieder nicht sind: Der Großaktionär hat sich auch in den vergangenen Jahren gegenüber diesen Lufthansa-Wünschen verschlossen. Es mag sein, daß dem Bund damals die nötigen Mittel fehlten, was in dieser Form heute wohl nicht mehr gilt. Überdies, niemand zwingt den Bund, die neuen Aktien aus einer Kapitalerhöhung selbst zu übernehmen. Der Verkauf der Bezugsrechte würde ihm sogar Geld in die Kasse bringen und zugleich seinen Anteil an Lufthansa

Auf der Hauptversammlung der Lufthansa am Mittwoch in Hamburg fehlt das Thema Kapitalerhöhung auf der Tagesordnung, vor allem weil der Großaktionär Bund sich verweigert.

solche Aussagen für wahr zu halten, nicht nur weil sie, wenn sie denn so gemacht worden wären, auch fachlich problematisch sind, sondern auch noch, weil sie so gar nicht zu den Vorstellungen von Ordnung und Sachlichkeit zu passen scheinen, die man sonst immer mit der Spitze gerade dieses Ministeriums verbindet. Es ist deswegen notwendig, daß der Bundesfinanzminister der Öffentlichkeit sehr bald erklärt, welche Pläne die Bundesregierung mit der Fluggesellschaft hat, zumal da die wirtschaftliche Frage einer Kapitalerhöhung bei der Lufthansa mit der ideologisch-politischen ihrer Teilprivatisierung nichts zu tun hat.

Solche Klärung ist schon deswegen wichtig, weil sich vor der Fluggesellschaft nach einer Zeit des Schönwetterfliegens nun wieder dunkle Wolken aufziehen. Das ist kein speziell deutsches, sondern ein weltweites Problem. Die Lufthansa steht sogar ein wenig besser da als die Mehrzahl ihrer europäischen und amerikanischen Wettbewerber.

Aber das bietet nur wenig Trost angesichts der Tatsache, daß die Nachfrage schon wieder einmal nicht ausreicht, das gestiegene Angebot so zu füllen, daß schwarze Zahlen geschrieben werden könnten. Zwar wäre es verfrüht, aus den unbefriedigenden Verkehrsergebnissen der ersten Monate auf das Jahresergebnis zu schließen, aber mit einer höheren Kapitalausstattung könnte das Unternehmen kommenden Stürmen sicher gelassener entgegensehen.

Die Lage im Revier wird nicht besser

Experten fürchten Verschärfung der Strukturkrise - Lohnniveau an der Ruhr zu hoch

dpa/VWD, Essen

Die von hoher Arbeitslosigkeit und Absatzproblemen in den Sektoren Bergbau, Stahl und Investitionsgüter geprägte Strukturkrise im Ruhrgebiet wird sich in absehbarer Zeit kaum mildern. In einer dpa/VWD-Umfrage äußerten führende Wirtschaftswissenschaftler der Region vielmehr die Befürchtung, daß sich die bestehenden Schwierigkeiten „in Teilbereichen“ noch verschärfen könnten.

Als Hauptursachen wurden das nach wie vor um fünf bis zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegende Lohnniveau, ein Mangel an geeigneten Gewerbeflächen, Weiterbildungsdefizite bei Arbeitern und mittelständischen Unternehmen sowie unverändert hohe Subventionen für die siedelnden Hauptbereiche Kohle und Stahl genannt.

Die hohe Abwanderungsquote, durch die das Revier in den vergangenen 20 Jahren fast eine Million Einwohner verlor, muß nach Ansicht des Bochumer Wirtschaftsforschers Prof. Paul Klemmer vor allem auf ihre demographische Wirkung hin beobachtet werden. In besonders strukturschwachen Kommunen wie Duisburg, Oberhausen oder Gelsenkirchen drohe sonst mit dem weiteren Verlust überwiegender junger Einwohner ein „Umkippen“ in der Altersstruktur. Zur Beseitigung der bestehenden Flächen-Engpässe sei eine „Flurbereinigung“ nötig.

Lösungen für die Region sieht Klemmer in einer verstärkten Förderung der Bereiche neue Werkstoffe und Lasertechnik. Das nach wie vor schlechte Image müsse mit „mehr Urbanität und Flair“ verbessert werden. Für einen Abbau der Subventionen sprach sich der Duisburger Innovationsforscher Prof. Erich Staudt aus: „Die Gruppe, die welche benötigt, ist nicht so groß wie die, die darunter zu leiden hat.“ In ihrer Abhängigkeit, so Staudt, behindern sich Klein- und Großbetriebe derzeit gegenseitig. Das Ruhrgebiet brauche allerdings „ein gewisses Krisenniveau“, um den föhlichen Strukturwandel konsequent anzugehen.

Die monostrukturelle Verkrustung müsse „vom Rand des Reviers her aufgeweicht werden“. Das gelte auch für die Verflechtung von Großbetrieben, Gewerkschaften und Kommunen - einem „Kartell aus Besitzstandswahrung“, das den Wandel lähme. Staudt verlangte überdies mehr Angebote zur Qualifizierung der Arbeitnehmer.

Für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) wies Klaus Löhbe auf die mangelnde Wirkung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) des Bundes hin. Die nach dem Gleitkasten-Prinzip verteilten Mittel hätten dem Revier nicht helfen können. Die Einwirkung von Gründerzentren bewerten die Experten einhellig als wenig erfolgversprechend. Von solchen Technologieparks könne allenfalls ein „Imageeffekt“ ausgehen.

WELTWIRTSCHAFT

Japan: Als ungewöhnlich wird die Prognose des Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie (MITI) gewertet, die für das laufende Fiskaljahr die Wachstumsprognose auf nur noch 2,5 Prozent veranschlagt. Die offizielle Regierungsschätzung von vier Prozent wurde noch nicht revidiert. (S. 12)

Kanaltunnel: Die Finanzierungspläne wurden verschoben, weil

IG Bau wertet Finanzpläne als Alarmsignal

AP, Frankfurt

Als „Alarmsignal für den Bereich des öffentlichen Baus“ hat die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden gestern die durch das Statistische Bundesamt vorgelegten kommunalen Finanzpläne für den Zeitraum 1985 bis 1989 bezeichnet. Danach sehen die Planungen der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Jahre 1988 und 1989 bei den Baumaßnahmen einen Rückgang um insgesamt 30 Prozent gegenüber 1987 vor. Der Vorsitzende der IG Bau, Konrad Carl, sagte in Frankfurt, die Tatsache, daß nicht weniger als zwei Drittel aller öffentlichen Bauinvestitionen von den Gemeinden getätigt werden, mache deutlich, welche Gefahr von einem solchen Rückgang der kommunalen Baumaßnahmen auf die gesamte Bauwirtschaft und die dort beschäftigten Arbeitnehmer ausgehe.

Als maßgebliche Gründe für die restriktive Finanzplanung der Gemeinden bei Baumaßnahmen nannte Carl die Absicht der Bundesregierung, die Aufstockung für Umweltschutzmaßnahmen im Europäischen Wiederaufbauprogramm ERP sowie der Städtebauförderung Ende 1987 auslaufen zu lassen und sich ab 1988 unter anderem bei der Stadterneuerung aus der Mischfinanzierung zurückzuziehen.

AUF EIN WORT



Die Aufwertung der D-Mark zum Gegenüber dem Dollar hat die Kostenposition der deutschen Industrie in der Konkurrenz mit anderen Ländern wieder normalisiert. Das bedeutet für manche Fabrikategruppen einen noch härteren Wettbewerb um Marktanteile.

Dr. Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH Essen. *Foto: TURPRESS*

Länder haben weiter erfolgreich konsolidiert

HH, Bonn

Auch 1985 haben die Länder in ihrer Haushaltspolitik weitere Konsolidierungserfolge erzielen können. Die Länderausgaben insgesamt stiegen 1985 um 4,2 Prozent auf 234,8 Mrd. Mark, die Einnahmen um 5,2 Prozent auf 217,2 Mrd. Mark. Während die Ausgabenplanungen damit erneut unterschritten wurden, hat sich der Einnahmestieg gegenüber dem Vorjahr wiederum beschleunigt. Die Nettokreditaufnahme der Länder lag mit 17,2 Mrd. Mark deutlich unter den Ergebnissen früherer Jahre (1981: 24,6 und 1984: 19,4 Mrd.).

Finanzstaatssekretär Friedrich Voss (CSU) hat in einer ersten Wertung die „zunehmend unterschiedliche Haushaltsentwicklung“ in den einzelnen Ländern als „bemerkenswert“ bezeichnet. So sei in Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland die Nettokreditaufnahme 1985 nicht zurückgegangen. Als Grund wird die beschleunigte Ausgabenzunahme genannt. Zu über 70 Prozent entfielen die Mehrausgaben 1985 auf höhere Personalausgaben und laufende Zuweisungen und Zuschüsse. Den stärksten Anstieg verzeichnen Zinsausgaben mit 7,0 Prozent. Die günstige Einnahmentwicklung führt Voss vor allem auf die anhaltende Dynamik der Steuereinnahmen zurück.

MÄRKTE & POLITIK

Kernkraft: Der Anteil an der gesamten Stromproduktion der Bundesrepublik lag im ersten Halbjahr unverändert bei 35 Prozent, teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke mit.

Automarkt: Ende des Jahres werden rund 27 Mill. Personwagen zugelassen sein, hat die Schwabe-Marktrecherche hochgerechnet. Bei den Neuzugängen wird ein Plus von 13 Prozent auf 2,7 Mill. erwartet, 1,9 Mill. Gebrauchtwagen sollen verschrottet werden.

Türkei: Der erwartete Tourismus-Boom bleibt aus. Dazu beitragen hat, daß viele Hotels ihre Preise drastisch erhöhten. (S. 12)

Energiepolitik: Auch Schweden setzt nach dem Unfall in Tschernobyl auf regenerierbare Energiequellen. Die Wasserkraft deckt bereits über die Hälfte der Stromerzeugung, der Ausbau der Windkraft (Foto) wird forciert. (S. 12)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Hertie: In der Frankfurter Zentralverwaltung werden 236 von 985 Arbeitsplätzen eingespart. Damit sollen die Kosten um 32 Mill. DM gesenkt werden. Über den Sozialplan soll mit dem Betriebsrat verhandelt werden.

Otto-Versand: In Italien und Japan ist der Versandhandel noch unterentwickelt. Deshalb prüft die Gruppe den Einstieg in diese Märkte. Die US-Tochter, die 1982 erworben wurde, sei nun nachhaltig in der Gewinnzone. (S. 12)

Außendienst: Verkäufer von Investitionsgütern verdienen weit besser als ihre Kollegen in der Nahrungsmittelindustrie oder bei den Versicherungen. (S. 15)

NAMEN

keit hemmen und die US-Konjunktur weiter bremsen.

Bundesbahn: Bundesverkehrsminister Dollinger will dem Bundeskabinett vorschlagen, den Vorstandsvorsitzenden Rainer Göhke für vier weitere Jahre zu berufen. Der Verwaltungsrat der Bahn muß am Mittwoch zustimmen.

Papierfabriken: Dr. Wolfgang Doberauer, Mitglied des Vorstands des Verbandes Deutscher Papierfabriken in Bonn, wird heute 65 Jahre alt.

Das ist schön bei uns Deutschen; keiner ist so verrückt, daß er nicht einen noch Verrückteren findet, der ihn versteht. *Heinrich Heine*

US-Finanzminister: James Baker (Foto) hat vor einer zu hohen Steuerentlastung für die Bezieher mittlerer Einkommen gewarnt. Sie könne nur mit weniger großzügigen Abschreibungsregelungen bei Unternehmen erkauf werden. Dies würde die Investitionstätig-



Urlaubskassen kräftig aufgestockt

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesbürger legen in diesem Jahr beim Urlaub wieder zu. Nach einer Analyse des Instituts für deutschen Wirtschaft (IW) über „Entwicklung und Struktur der Urlaubsausgaben“ werden 1986 mit schätzungsweise 39,5 Milliarden Mark rund zwei Milliarden mehr für die schönsten Tage des Jahres ausgegeben als 1985. Vor allem die Arbeitnehmerhaushalte dürften die Reisekasse kräftig aufstocken.

Rund 70 Prozent der Reiseausgaben werden dieses Jahr ins Ausland fließen. Die Bilanz des Auslandssturms - so die IW-Prognose - dürfte mit 27 Milliarden Mark Defizit abschließen. Das sind 1,5 Milliarden mehr als 1985. Das IW sieht damit die Phase der „Zurückhaltung bei den Urlaubsausgaben (als) überwunden“ an.

Während der ersten Hälfte der achtziger Jahre seien die Urlaubsbudgets kaum noch erhöht worden, ihr Anteil am privaten Verbrauch sei sogar von vier auf 3,7 Prozent zurückgegangen. Als Hauptursachen werden die Konjunkturschwäche 1979/82 und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit genannt. Dennoch hätten die Arbeitnehmer die Zahl ihrer Urlaubsreisen nicht eingeschränkt.

Mit durchschnittlich 8,3 Prozent jährlich haben die Urlaubsausgaben in der Zeitspanne 1970/85 rascher zugenommen als die Konsumausgaben insgesamt (plus 7,1 Prozent). Die Reimerehaushalte hätten ihre Ausgaben in dieser Zeitspanne allerdings „unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage kräftig ausgeweitet“.

Die Reiseanalyse des Studienkreises für Tourismus meldet laut IW für 1985, daß 57,1 Prozent aller erwachsenen Bundesbürger mindestens eine Urlaubsreise gemacht haben. Seit

Mitte der fünfziger Jahre habe sich damit die Zahl der Urlaubsreisenden verdreifacht. Zwei Drittel der Urlauber seien 1984 ins Ausland gereist. Innerhalb der Bundesrepublik blieb Bayern (knapp ein Drittel der Inlandsurlauber) beliebtestes Feriennest. 70 Prozent der Urlauber planten ihre Ferien individuell, der Rest bevorzugte Reisen mit Veranstalter.

In der Zeitspanne 1980 bis 1985 haben die Haushalte mit höherem Einkommen ihre Urlaubsbudgets nur wenig ausgeweitet (2,2 Prozent jährlich), die Durchschnittsverdiener sie sogar gekürzt (minus 0,4 Prozent). Die Zahl der jährlichen Urlaubsreisen sei bei der ersten Gruppe mit 3,0 und in der zweiten mit 2,1 seit 1980 konstant. Dagegen sei die durchschnittliche Reisedauer gekürzt worden: Im ersten Fall von 28,1 auf 26,6 Tage und in der zweiten Gruppe von 22,6 auf 21,8 Tage.

1986 wird das Jahr der Kapitalerhöhungen werden

Studie der Commerzbank zieht eine Zwischenbilanz

Py, Düsseldorf

Als „Jahr der Kapitalerhöhungen“ wird nach Ansicht der Commerzbank AG 1986 in die Annalen des deutschen Aktienmarktes eingehen. Einer Zwischenbilanz zur Jahresmitte des Instituts zufolge wird der langjährige Durchschnitt von 40 Unternehmen, die zwecks Kapitalerhöhung an die Börse gehen, in diesem Jahr deutlich überschritten. In den ersten sechs Monaten sind bereits von 28 börsennotierten Gesellschaften Barkapitalerhöhungen durchgeführt worden, ähnlich viele waren es 1985 im gesamten Jahresverlauf.

Noch eindrucksvoller als die Zahl der Kapitalerhöhungen ist der Betrag der ersten sechs Monate mit 5,9 Mrd. DM, annähernd soviel wie im gesam-

ten Jahr 1985. Unter Einschuß der bereits projektierten Kapitalerhöhungen (u. a. Allianz und BMW mit zusammen fast 1,3 Mrd. DM) und der sich abzeichnenden Vorhaben könnte sich für 1986 eine Gesamtsumme von 10 Mrd. DM ergeben. Dies ist, so die Commerzbank, „eine neue Dimension für den deutschen Aktienmarkt, der damit aus dem Schatten des dominierenden Rentenmarktes herauszutreten würde.“

Die Bank wertet diese Renaissance der Aktienfinanzierung als Schritt zu größerer Standfestigkeit der oft unterkapitalisierten Unternehmen und als größeren Schutz gegen konjunkturelle Schwächen und Vorteil im internationalen Wettbewerb.

Monheim-Reich ist jetzt geteilt

J. G. Düsseldorf

Der 129 Jahre alte, von der Aache... Monheim AG geführte Süßwarenkonzern der Familie Monheim, mit circa 2 Mrd. DM Umlauf...

Schweden forciert den Ausstieg aus der Kernenergie

Werden schon vor 2010 Atomkraftwerke abgeschaltet? - Großteil der Stromerzeugung stammt aus Wasserkraft

G. MEHNER, Kopenhagen

„Unser Land ist kein Spielzeugland... Es muß funktionieren, und dazu braucht es Energie...“

Teures Umbauprogramm

1985 stammten 42 Prozent der gesamten schwedischen Elektrizitätsproduktion aus den zwölf Atommeilern...

Viele Hotelbetten in der Türkei sind leer

Tourismus-Planer haben sich verkalkuliert - Längst kein preiswertes Ferienland mehr

E. ANTONAROS, Istanbul

Die türkischen Fremdenverkehrsplaner reiben sich die Augen und können nicht so recht glauben...

Neuer Insiderfall am US-Aktienmarkt

VWD, New York

In den USA ist es zu einem weiteren Fall von Insiderhandel gekommen. Die Börsenaufsicht SEC untersucht...

35 Prozent Atomstrom

Frankfurt (AP) - Die Kernenergie lieferte im ersten Halbjahr 1988 mit rund 62 Mrd. Kilowattstunden (KWh) nahezu ebensoviel Strom wie in den ersten sechs Monaten des Vorjahres...

Finanzierung verschoben

London (VWD) - Die Pläne zur Finanzierung des Kanaltunnels sind verschoben worden. Eurotunnel, das anglo-französische Konsortium zum Bau des geplanten Eisenbahntunnels...

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Berliner Wirtschaftstage

Berlin (HS) - Vom 22. bis 28. September 1988 finden in Istanbul die „Berliner Wirtschaftstage“ statt, bei denen 42 Firmen der Stadt ihre Produkte oder Dienstleistungen vorstellen...

BASF verkauft Hartmann

Frankfurt (Wb.) - Die BASF AG, Ludwigsfelde, gibt die Hartmann Druckfarben GmbH, Frankfurt, an den japanischen Konzern Daiippon Ink & Chemicals, Tokio...

Angebotspalette international erweitert

Spedition Lassen fährt gut mit dem Mittelstand - Größter Zuwachs in der Luftfracht

JAN BRECH, Hamburg

Die internationale Spedition Lassen GmbH, Hamburg, ist 1988 in den Geschäftsbereichen See-, Land- und Luftfrachtverkehr weiter gewachsen...

Zusammenschluß

Berlin (VWD) - Sechzehn Spedition- und Transportunternehmen sind seit in allen Teilen des Bundesgebiets haben die Gründung eines Kooperationskartells vereinbart...

Investitionsplus

Espekkamp (hd.) - Um rund fünf Prozent auf 74 (70,6) Mill. DM konnte die Robert Krause GmbH & Co. KG, Espekkamp, ihren Umsatz 1988 steigern...

Zehn Prozent Dividende

Berlin (VWD) - Die Aktionäre der Deutscher Lloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin/München, erhalten aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1987 von 3,64 Mill. DM eine Dividende von zehn Prozent...

US-Verbraucher haben Vertrauen

AFP, New York

Die amerikanischen Verbraucher haben weiter Vertrauen in die künftige Entwicklung der US-Wirtschaft. Auch ihre Kaufabsichten bleiben auf einem hohen Niveau...

Agiv erwartet Umsatzplus

Frankfurt

Die Holdinggesellschaft AG für Industrie und Verkehrswesen (Agiv), Frankfurt, zu knapp 50 Prozent im Besitz der BHF-Bank zu 13 Prozent bei Fonds...

PERSONALIEN

Rüdiger von Groll, bisher Vorsitzender Richter am Finanzgericht Schleswig-Holstein...

Dr. Wolfgang Paritsch (42), zuletzt selbständiger Unternehmensberater, ist mit Wirkung vom 1. Juli in die Geschäftsleitung der Münchner Unternehmensberatung Dr. Höfner & Partner berufen worden...

Fritz Pöhler gab seinen Vorsitz im Aufsichtsrat der Agiplan AG für Industrieplanung, Mülheim/Ruhr, ab. Zu seinem Nachfolger wurde Prof. Dr. Hans-Peter Wendahl...

Auch im Ausland erfolgreich

Otto-Versand übersprang die Zehn-Milliarden-Marke

JAN BRECH, Hamburg

Der Otto-Versand, Hamburg, hat im Geschäftsjahr 1987/88 (28. Februar) zum erstenmal mehr als 10 Mrd. DM umgesetzt. Wie das Unternehmen in seinem ersten Überblick mittelt, erhöhte sich der Umsatz um 8,4 Prozent...

Die Expansion im Ausland soll fortgeführt werden. Potentielle Märkte seien alle Industrienationen mit einem wettbewerbsorientierten Wirtschaftssystem...

Nordjemen wird Erdöl-Land. Raffinerie- und Pipelinebau mit Beteiligung der USA

PETER M. RANKE, Kairo

Ein weiteres arabisches Land tritt in den Kreis der Erdölförder- und -exportländer Nordjemen. Seine 9,2 Mill. Einwohner gehören zu den ärmsten der arabischen Halbinsel...

Das relativ gute Abschneiden wird auch am (theoretischen) Gruppen-Ergebnis je Aktie von 30,38 (31,23) DM sichtbar...

Der Trend, immer stärker die Mikroelektronik zu integrieren und damit auch neuartige Wagen- und Kassensysteme zu schaffen...

Der Umsatz des Gesamtunternehmens, also einschließlich zahlreicher ausländischer Vertriebspartner...

KRÄFTIGE WACHSTUMSIMPULSE

Bizerba registriert hohe Nachfrage nach intelligenten Systemen

Der Trend, immer stärker die Mikroelektronik zu integrieren und damit auch neuartige Wagen- und Kassensysteme zu schaffen, stößt bei den potentiellen Anwendern auf eine derartig hohe Nachfrage...

Der Umsatz des Gesamtunternehmens, also einschließlich zahlreicher ausländischer Vertriebspartner...

Die Ertragslage wird mit „ordentlich“ beschrieben. In Sachanlagen wurden im Berichtsjahr 28 Mill. DM investiert...

Die Ertragslage wird mit „ordentlich“ beschrieben. In Sachanlagen wurden im Berichtsjahr 28 Mill. DM investiert...

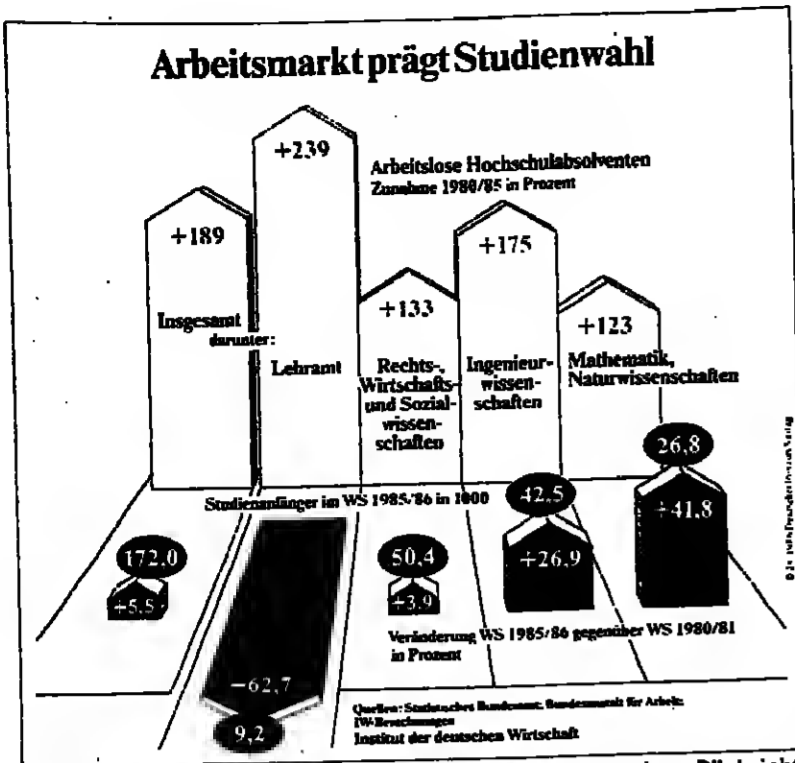
PERSONALIEN

Rüdiger von Groll, bisher Vorsitzender Richter am Finanzgericht Schleswig-Holstein...

Dr. Wolfgang Paritsch (42), zuletzt selbständiger Unternehmensberater, ist mit Wirkung vom 1. Juli in die Geschäftsleitung der Münchner Unternehmensberatung Dr. Höfner & Partner berufen worden...

Fritz Pöhler gab seinen Vorsitz im Aufsichtsrat der Agiplan AG für Industrieplanung, Mülheim/Ruhr, ab. Zu seinem Nachfolger wurde Prof. Dr. Hans-Peter Wendahl...

Die Ertragslage wird mit „ordentlich“ beschrieben. In Sachanlagen wurden im Berichtsjahr 28 Mill. DM investiert...



Abiturienten wählen ihr Studienfach keineswegs ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt. Im vergangenen Wintersemester begannen nur noch 9200 oder 5,3 Prozent aller Studienanfänger ein Lehramtsstudium. Die Zahl ist damit, wie das Institut der deutschen Wirtschaft schreibt, in den letzten fünf Jahren um fast zwei Drittel zurückgegangen. Erhöht hat sich die Zahl der Erstsemester dagegen in den Ingenieur-Studiengängen und den Naturwissenschaften. Hier gibt es zwar auch mehr arbeitslose Akademiker, die Berufschancen sind aber nach vergleichsweise gut.

Der persönliche Eindruck zählt

Die Aussagekraft von Arbeitszeugnissen ist nur begrenzt

Personalberater schätzen den Stellenwert von Arbeitszeugnissen nicht allzu hoch ein. Der Grund ist einfach: Zeugnisse sind subjektiv. Ihre Qualität hängt stark von dem Aussteller ab, von seiner Formulierungsfähigkeit, aber auch seinem persönlichen Verhältnis zu dem Beurteilten, weiß Lothar Heimeler von der Personalberatung Baumgartner & Partner in Sindelfingen.

Für Heimeler gewinnen Zeugnisse erst in einem Gespräch mit dem Aussteller ihren Wert, wenn zusätzlich Referenzen über den Bewerber eingeholt werden. Dies ist aber nicht allgemeine Praxis. Jacobus Kraan vom Institut für Personal- und Unternehmensberatung (ifp) in Köln greift nur "äußerst selten" auf diese Informationsquelle zurück.

Die Personalfachleute sind sich einig, daß der persönliche Eindruck von dem Bewerber im Interview bei der Auswahl am wichtigsten ist. "Schließlich geht die ganze Wirkung eines Menschen, seine Wirkung auf

andere, unabhängig von der fachlichen Leistung, aus dem Zeugnis nicht hervor", betont Heinz Tannert von der SCS Personalberatung GmbH in Hamburg.

Dennoch gehört das Zeugnis zu den Unterlagen, die der Personalberater zuerst liest, um sich von dem Bewerber ein Bild zu machen. Dabei findet Tannert im Zeugnis oft Anknüpfungspunkte für das persönliche Gespräch.

Bei der Auswertung ist wichtig, daß der berufliche Werdegang schlüssig ist und keine Brüche aufweist. Zudem muß der Berufsweg lückenlos nachgewiesen werden. "Wenn Lücken nicht belegt sind, ist das ein ganz erhebliches Manko", meint Heimeler. Daß in den Bewerbungsunterlagen Zeugnisse fehlen, sei aber selten. Bewerber sollten entweder alle Zeugnisse belegen oder gar keines, empfiehlt Heimeler.

Das Thema wird in der nächsten Ausgabe der WELT DER BERUFE fortgesetzt.

Die Gewinnbeteiligung ist häufig ein Garant des Unternehmenserfolgs

Zwei Beispiele aus einer Vielfalt von erprobten Modellen: AVA und C. A. Weidmüller

In der obersten Führungsetage ist sie so gut wie selbstverständlich, für die übrigen Mitarbeiter aber immer noch die Ausnahme: Eine Beteiligung am Jahreserfolg des Unternehmens. Die Vorreiter sehen in der Erfolgsbeteiligung ein zentrales Element einer betrieblichen Partnerschaft, nicht nur einen materiellen Anreiz, der die Leistungsmotivation hebt und die Mitarbeiter stärker an das Unternehmen bindet. Für die Kritiker ist sie nichts anderes als ein 14. Monatsgehalt, das die Kosten nach oben treibt.

Bei den Unternehmen, die ihre Mitarbeiter am Gewinn teilhaben lassen, hat sich in den letzten Jahren eine Vielfalt von Formen entwickelt, in denen sich zumeist die finanziellen Gegebenheiten des Unternehmens, bei Familienfirmen die Persönlichkeit des Inhabers, aber auch die Wünsche der Mitarbeiter widerspiegeln. Branche und Unternehmensphilosophie beeinflussen maßgeblich, ob eine gleichmäßige Erfolgsprämie für alle, eine an Lohn und Gehalt orientierte oder eine leistungsbezogene Beteiligung gewährt wird.

Eine interessante Mischform praktiziert das Einzelhandelsunternehmen AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG in Bielefeld. Mit einem flächenbereinigten realen Umsatzplus von 2,4 Prozent gegenüber 0,8 Prozent im gesamten Einzelhandel zählt die aus einer Konsumgenossenschaft hervorgegangene AVA, die in Discount-Warenhäusern, Kaufhäusern, Supermärkten und Fachmärkten 1985 insgesamt 1,67 Mrd. DM umsetzte, zu den ertragsstärksten Perlen der Branche. Horst-Peter Wuchold, Leiter der Konzernverwaltung, führt diesen Erfolg maßgeblich auf das "Soziale Modell AVA" zurück, das die Motivation und die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen fördert.

Eine Jahresprämie für alle

Seit 1981 zahlt AVA allen voll- und teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern, mindestens zwei Jahre angehören, eine Gewinnbeteiligung. Voraussetzung ist, daß der Betriebserfolg vor Steuern mindestens ein Prozent des Umsatzes erreicht. Ist das der Fall, werden sechs Prozent des Gewinns - für 1985 waren das 2,9 Mill. DM - ausgeschüt-

tet. Der Verteilungsschlüssel ist die geleistete Arbeitszeit. Für das letzte Geschäftsjahr bekam ein Vollzeit-Mitarbeiter 925 DM.

Die Erfolgsbeteiligung, die versteuert werden muß, wird allerdings nicht in voller Höhe ausgezahlt. 25 Prozent werden bis zum Erreichen der Altersgrenze oder einem vorzeitigen Ausscheiden auf einem persönlichen Beteiligungskonto des Mitarbeiters gesammelt und mit zwei Prozent über dem Diskontsatz verzinst.

Neben dieser leistungsunabhängigen Jahresprämie gibt es für 750 leitende Mitarbeiter eine gesonderte Betriebsergebnis-Beteiligung. Darin sind bis hin zum Abteilungsleiter im Supermarkt alle einbezogen, die den Betriebserfolg tatsächlich beeinflussen können. Geld gibt es allerdings nur, wenn in ihrem Unternehmen und im gesamten Konzern mindestens eine Umsatzrendite von 0,8 Prozent erwirtschaftet wurde. Der persönliche Ertragsanteil richtet sich nach dem Ergebnis im eigenen Verantwortungsbereich, zum Beispiel der Filiale oder der Fleischwaren-Abteilung. Auch hier bleiben wieder 25 Prozent im Unternehmen stehen, die damit die Eigenfinanzierungskraft der Gruppe stärken. Inzwischen sind bei AVA rund 5 Mill. DM an Arbeitnehmer-Guthaben aufgelaufen.

Den Leistungsanreizen entspricht nach Wucholds Worten eine konsequente Delegation von Kompetenzen und Verantwortung. Als Beispiel nennt er die internen Warenbörsen. Hier werde nicht zentral über Sortimentszusammensetzung und Preisgestaltung entschieden, sondern von den Abteilungsleitern in den einzelnen Häusern. "Die Sortimentshoheit liegt bei den Mitarbeitern vor Ort", bekräftigt Wuchold.

Wenn sie es wünschen, können die AVA-Mitarbeiter auch Miteigentümer werden. Denn sie haben die Möglichkeit, ihre Guthaben aus der Gewinnbeteiligung zum Kauf von AVA-Aktien zu verwenden, die im Zuge der Börseneinführung am 21. August von Namens- in Inhaberpapiere umgewandelt wurden. Bereits heute halten die Mitarbeiter 25 Prozent des breit gestreuten Kapitals, das derzeit um 2,4 auf 14,6 Mill. DM erhöht wird.

Vor diesem Hintergrund hält es die AVA-Spitze wohl nicht für geboten, verbilligte Belegschaftsaktien auszu-

geben und so die Lohnsteuer-Vergünstigung des Paragraphen 19a Einkommensteuergesetz zu nutzen.

Für eine Erfolgsbeteiligung, bewußt aber gegen eine Anlage der Mittel im Unternehmen und gegen Miteigentum von Arbeitnehmern hat sich die C. A. Weidmüller GmbH & Co. in Detmold, führender Hersteller von Leitungs- und Steckverbindern sowie elektronischen Bauteilen, entschieden. "Unsere Mitarbeiter sollen ihr Geld nach eigenem Gusto anlegen können", betont Geschäftsführer Uwe Schäkel. Die Beschäftigten hätten überwiegend selbst Eigentum und dächten im Traum nicht daran, dem Unternehmen Geld zur Verfügung zu stellen.

Barauszahlung bevorzugt

Betriebsratsvorsitzender Günter Schütte bestätigt, daß die Mitarbeiter die Barauszahlung vorziehen. Er sieht in der 1971 eingeführten Gewinnbeteiligung eine Nachfolgeregelung zur früheren Akkordarbeit, die sich durch die modernen Fertigungsmaschinen überholt habe.

Die Ausschüttung der Gewinnbeteiligung mag der Geschäftsleitung auch deshalb nicht allzu schwer fallen, weil sie bei einer Eigenkapitalquote von über 50 Prozent auf Kapital der Arbeitnehmer nicht angewiesen ist. Ausgeschüttet wird jährlich ein fester, im Unternehmen aber nicht bekannter Prozentsatz des Gewinns. Zwischenergebnisse der Gewinnbeteiligung werden monatlich ausgehängt. Verteilungsgrundlage ist das Brutto-Jahreseinkommen; für lange Betriebszugehörigkeit gibt es Zuschläge, Fehlzeiten mindern den Betrag. Für 1985 wurden zum Beispiel 120 Prozent eines Monatseinkommens ausgezahlt. Ausgenommen von der Gewinnbeteiligung sind die 1200 Heimarbeiter der Gruppe, die insgesamt 3450 Menschen beschäftigt.

Die Erfolgsbeteiligung fügt sich in ein Unternehmenskonzept ein, das die Mitarbeiter über Abteilungs- und Gruppengespräche in die Entscheidungsvorbereitung einbezieht. Eine Fluktuationsquote von unter einem Prozent wertet die Weidmüller-Geschäftsführung als Indiz dafür, daß das Ziel, die Beschäftigten stärker an das Unternehmen zu binden, erreicht wird. HEINZ STÜWE

Verkäufer im Maschinenbau werden am besten bezahlt

Im Außendienst gibt es große Gehaltsunterschiede

Außendienstler gehörten schon immer zum Kreis der gut dotierten Mitarbeiter. Aber auch unter den Verkäufern selbst gibt es noch erhebliche Gehaltsunterschiede. Das liegt zum einen an den unterschiedlichen Produkten und Leistungen, die der Außendienst vertreibt und die beim Verkäufer ein bestimmtes Ausbildungsniveau voraussetzen. Zum anderen liegt es an der Verkaufsleistung der Mitarbeiter selbst. Die leistungsorientierte Vergütung verhilft erfolgreichen Mitarbeitern rasch zu einem erheblichen Gehaltszuwachs.

Außendienstler in relativ konsumnahen Branchen - wie Nahrungs- und Genussmittel oder Versicherungen - sind am niedrigsten dotiert. Dagegen wird in Investitionsgüterbranchen - zum Beispiel Vertriebsingenieure im Maschinenbau - rund 50 Prozent mehr verdient.

Innerhalb einer Branche können Spitzenkräfte dann noch einmal - je nach Leistung - um 50 Prozent höhere Gehälter erzielen als der Durchschnitt. In Zahlen: Ein durchschnittlicher Verkäufer in der Nahrungsmittelindustrie verdient zwischen 50 000 und 60 000 DM im Jahr. Der Top-Verkäufer im Maschinenbau kommt auf 90 000 DM bis 115 000 DM. Einzel-

ne Spitzenkräfte erzielen auch Einkommen von mehr als 200 000 DM im Jahr.

Diese Ergebnisse erbrachte die neueste Studie zur Außendienstvergütung der Kienbaum Vergütungsberatung aus Gummersbach. Die Erhebung erfaßt die Vergütungen für Führungs- und Fachkräfte des Außendienstes in 16 Branchen.

Attraktives Attribut der Außendienstvergütung ist der Dienstwagen. Heute fahren bereits 80 Prozent der Verkäufer einen Dienstwagen, den die meisten auch privat nutzen dürfen. (DW.)

Anzeige

Wollen Sie Ihre Berufs-Chancen anderen überlassen?

Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte in der WELT.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAUGENHEIT FÜR DEUTSCHLAND

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Weiterbeschäftigung

Auszubildende, die dem Betriebsrat oder deren Jugendvertretung angehören, können die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses fordern. Sie müssen das innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung der Ausbildung schriftlich tun. Nach der Entscheidung 8 AZR 557/84 des Bundesarbeitsgerichts vom 31. 10. 1985 ist bei der Berechnung der Dreimonatsfrist auf den Zeitpunkt der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Abschlussprüfung abzustellen.

Eingruppierung

Die Eingruppierung nach Arbeiten schwieriger Art, Arbeiten hochwertiger Art und Arbeiten höchstwertiger Art ist dann rechtl. durchführbar, wenn die Tarifvertragsparteien diese

Merkmale durch voneinander abgrenzbare Erfordernisse wie besondere Fähigkeiten, Berufserfahrung, Verantwortung und Selbständigkeit ergänzen. Nach der Entscheidung 4 AZR 445/84 vom 26. 2. 1986 des Bundesarbeitsgerichts erfordert das Merkmal der "völligen Selbständigkeit" gegenüber der Selbständigkeit der niedrigeren Lohngruppe, daß ein Ergebnis ohne Einflußnahme Dritter und Einzelvorgaben erarbeitet werden muß.

Fehler der Behörde

Der Rentenversicherungsträger hat nicht nur für das Fehlverhalten seiner eigenen Bediensteten, sondern auch für Fehler des in das Verwaltungsverfahren eingeschalteten Versicherungsamts einzustehen. Das hat der Zwölfte Senat des Bundessozialgerichts im Urteil 12 RK 41/84 vom 26. 11. 1985 entschieden.

Die Kraft der Erfahrung. Xerox 1090 Hochleistungskopierer.

Zugegeben: Als Erfinder der Xerographie hat man es einfacher, einen Kopierer zu bauen, der ein echtes Leistungszentrum ist. Im Zentrum der Leistungen: der automatische Vortagenwechsler, der 100 Vortagen bis DIN A3 und 200 g Papiergewicht und sogar Computerseiten vom Endlosstreifen richtig verarbeitet.

Vor- und Rückseiten werden, synchron zum Kopiervorgang, automatisch gewendet. Außerdem werden sie automatisch im Schriftbild verschoben, so daß die zweite Seite immer noch voll lesbar ist und kein Informationsverlust durch Lochen oder Heften entsteht. Und: Er verarbeitet die Vortagen Satz für Satz. Was für Sie bedeutet, daß Sie

schneller als je zuvor das erste fertige Exemplar, auf Knopfdruck gefaltet, mit Deck- und Trennblättern, in den Händen halten. Währenddessen arbeitet der 1090 weiter: unbeirrbar, Blatt für Blatt, Satz für Satz, Format für Format, Papiergewicht für Papiergewicht. 5.520 Kopien pro Stunde (92 Kopien pro Minute) schnell, verkleinernd, vergröß-

bernd, automatisch kontrastierend. Die einzige Arbeit, die Ihnen bleibt: Knöpfchen drücken. Daß es immer das richtige Knöpfchen ist - auch dafür sorgt der 1090. Denn er ist dialogfähig. Und zeigt Ihnen im Display auf gut deutsch, was Sie tun müssen, damit Ihre Wünsche Wirklichkeit werden.

Wirklich, Sie sollten für weitere Informationen den nebenstehenden Coupon ausfüllen oder Btx # 55477 # wählen. Damit Sie sehen, was kraft Erfahrung alles möglich ist.

Team Xerox. Daran könnt ihr überzeugen.

Ich möchte gern ausführliche Informationen über den Xerox 1090 Hochleistungskopierer.

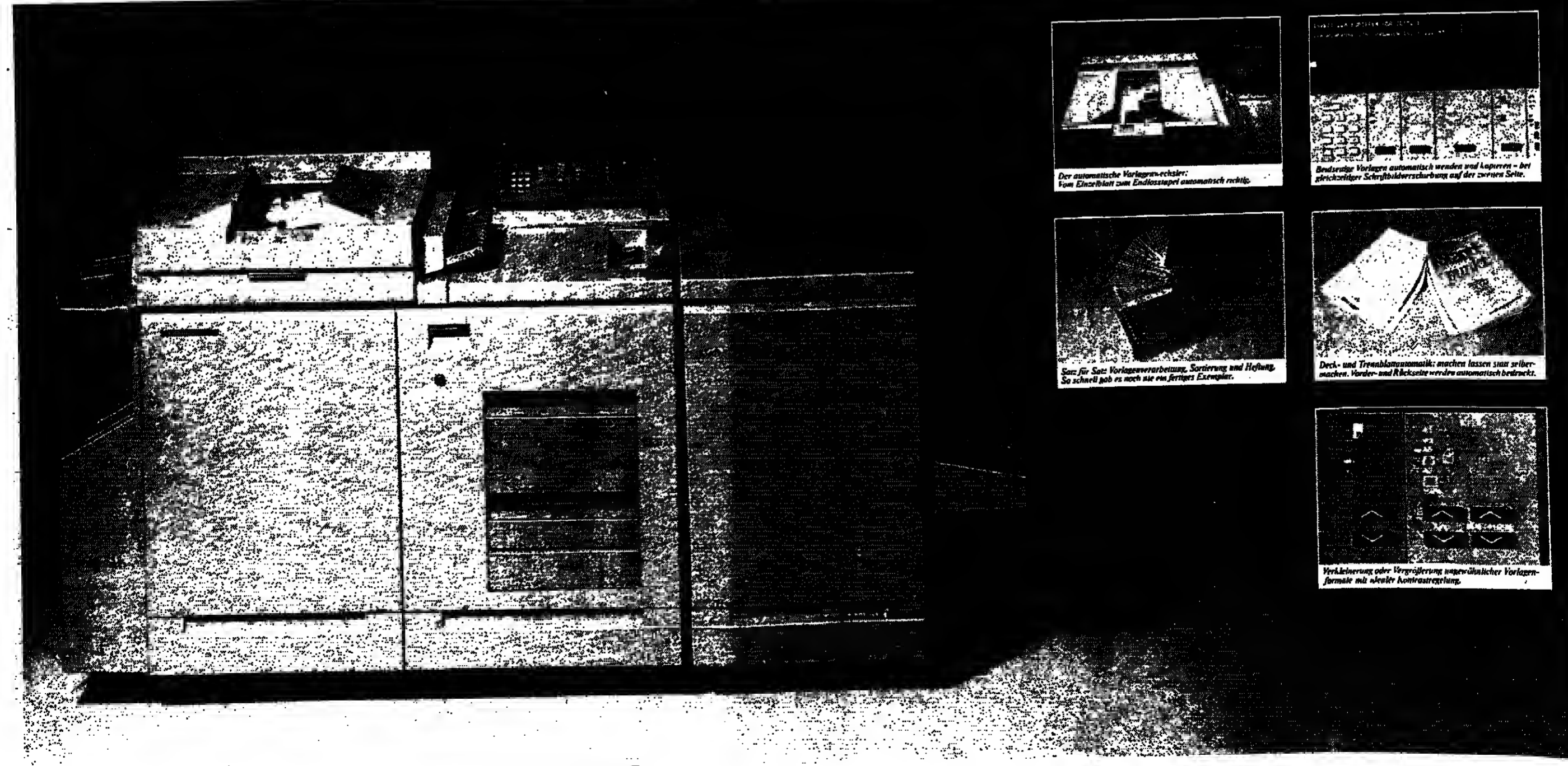
Name: _____

Firma: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Postfach: _____



Der automatische Vortagenwechsler:
Vom Einzelblatt zum Endlosstreifen automatisch richtig.

Derzeitige Vortagen automatisch wendend und kopierend - bei gleichzeitiger Schriftbildverschiebung auf der zweiten Seite.

Satz für Satz Vortagenverarbeitung, Sortierung und Heftung:
So schnell gibt es noch nie ein fertiges Exemplar.

Deck- und Trennblättern automatisch machen lassen sich schneller machen. Vorder- und Rückseite werden automatisch bedruckt.

Vorlieferung oder Vortagenverarbeitung ungenutzter Vortagen-Jahresblätter mit schnellster Antwortzeit.

هك من الامم

Donstag, 15. Juli 1986 - Nr. 161 - DIE WELT

Warenpreise - Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kakaomärkte am Terminmarkt der New Yorker Comex. Kleine Gewinne verzeichnete Kupfer. Um das Limit höher ging Kaffee aus dem Markt.

Table with multiple columns listing commodity prices for various goods like wheat, oil, and metals.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table listing prices for wool, fibers, and rubber.

NE-Metalle

Table listing prices for non-ferrous metals.

KUPFER (c/b)

Table listing copper prices and related market data.

Devisenmarkt

Table listing exchange rates for various currencies.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table listing yields and prices for mortgage-backed securities and bonds.

Goldmarktsätze

Table listing gold market rates.

Euro-Goldmarktsätze

Table listing Euro gold market rates.

Goldmünzen

Table listing gold coin prices.

Dollar-Anleihen

Table listing US dollar bond prices.

Lux. Franc Bonds

Table listing Luxembourg franc bond prices.

Rechnungs-Einheiten

Table listing accounting units.

ECU

Table listing ECU prices.

ECU-Tageswerte

Table listing daily ECU values.

Yen-Euro

Table listing Yen and Euro exchange rates.

Kartoffeln

Table listing potato prices.

Boenholz

Table listing wood prices.

Zinn-Zinn Preisung

Table listing tin prices.

Kohle und Zukunftstechnologie.

Large advertisement for VEW AG featuring a photograph of a power plant and text about coal and future technology.

Neue Energietechniken brauchen bis zu ihrem Großensatz eine Entwicklungs- und Erprobungszeit von Jahrzehnten. Von einer Generation und mehr. Deshalb heißt die Devise „Anfangen“ - um so mehr, als wir weltweit innerhalb der nächsten 30 Jahre mehr an Primärenergie verbrauchen werden, als wir seit Erfindung der Dampfmaschine vor etwa 300 Jahren verbraucht haben.

Das momentane Bild vom Überfluß an Energie ist trügerisch. Unsere Abhängigkeit von Energieimporten ist noch zu groß. Diese langfristig zu verringern und gleichzeitig unsere heimischen Energieträger noch stärker und noch intelligenter zu nutzen ist unsere vordringlichste Aufgabe.



Die Energieversorgung der Zukunft ist ein Mengenproblem, aber auch eine Kostenfrage. Das zeigt uns sehr deutlich die Entwicklung in den letzten 15 Jahren. Kurzfristige Preiseinbrüche wie derzeit dürfen uns nicht zu falschen Schlüssen verleiten.

In der Verbindung von Kohle und neuen Technologien liegt eine Chance für uns, nicht nur in überschaubarer Zeit die Abhängigkeit von Energieeinführen zu mindern, sondern einen Vorsprung zu erhalten bei Techniken, die im nächsten Jahrhundert die Energieversorgung weltweit überwiegend sichern müssen.

Bei der Nutzung der Kohle, die zukünftig einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten wird, müssen wir uns auf Techniken konzentrieren, die uns helfen, diesen Energieträger besser, d.h. wirtschaftlicher und umweltschonender, zu verwerten. Die entscheidenden Bausteine eines in diesem Sinne angelegten Energiesystems sind die Technik der Kohlevergasung, Steinkohle-Kombikraftwerke und die Hochtemperaturreaktoren.

Diese Bausteine gilt es Zug um Zug weiterzuentwickeln, um sie dann zusammenzuführen.

Wir brauchen ein wirtschaftliches, energieökonomisches, umweltfreundliches und ein für lange Zeit ausreichendes Strom-Gas-System, das auf Kohle und Kernenergie aufbaut und in dem sich langfristig und reibungslos die Streckung von Öl und Erdgas vollzieht.

Der Anfang ist gemacht: Eine Großversuchsanlage zur Kohlevergasung - nach einem speziell von VEW entwickelten Verfahren - arbeitet. In ihr werden täglich 240 Tonnen Steinkohle in Gas und Koks zerlegt.



Mit dem Kraftwerk Werne am VEW-Kraftwerkstandort Werne-Stockum ist seit Oktober 1984 der erste 750-MW-Steinkohlekombiblock in Betrieb. Hier wird zum ersten Mal in dieser Größenordnung ein Gas-Dampf-Turbinenprozess für die Stromerzeugung realisiert. Diese Technik ermöglicht einen Wirkungsgrad, der den Brennstoffeinsatz um bis zu 15 Prozent vermindert. Die Endstufe dieser Entwicklung: das „GDK 500“ ein Gas-Dampfturbinen-Kohlekraftwerk mit 500 MW Leistung und einer noch besseren Brennstoffausnutzung.

Seine Gasturbine wird mit Kohlegas arbeiten. Es wird Mitte der 90er Jahre in Betrieb gehen.

Mit dem THTR 300 in Hamm-Uentrop ist der entscheidende Schritt zur Einbindung der nuklearen Komponente in das Energiesamtsystem getan. Mit Temperaturen von über 900 °C in Nachfolgeanlagen wird diese Reaktorlinie Prozeßwärmlieferant für die Kohlevergasung sein. Neben Kohlevergasung und Stromerzeugung wird sie mit ihren hohen Temperaturen viele andere Möglichkeiten der industriellen Anwendung bieten. Kohle und Zukunftstechnologie - unter Einbindung der Kernenergie - sind unser Beitrag für eine gesicherte, wirtschaftliche und umweltfreundliche Versorgung. Zug um Zug beschreiten wir damit zugleich den Weg in eine intelligente Energiezukunft.

KENNZAHLEN 1985

Table with 2 columns: VEW AG and Energieverkauf, listing various statistics.

VEW-Konzern

Table listing VEW group statistics.

Der angelegte und mit dem en- ningschrittweise Bestätigungswerk des Abschaltens ver- vordringlichste Baustein und der Konzernabschluß werden im Bundesanzeiger veröffentlicht im August 1986 veröffentlicht.

